

24

Bonn, Donnerstag 16. Januar 1969

Sprecher: Blank, Fay, Gerstenmaier, Gradl, [Guttenberg], von Hassel, Heck, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lemmer, Lücke, Meyers, Rathke, Röder, Scheufelen, Stoltenberg, von Weizsäcker.

Bericht zur Lage. NPD-Verbot. Kulturpolitische Arbeit der Bundespartei. Berufung einer Mitbestimmungskommission entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitags. Aktivität im Vorwahlkampf. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 19.10 Uhr

Heck: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler ist noch festgehalten durch einige Besprechungen. Es wird nicht lange dauern. Aber er hat darum gebeten, wir möchten mit der Arbeit beginnen. Ich schlage vor, daß wir mit Punkt 2 der Tagesordnung anfangen, nämlich mit der Frage, wie der Bundesvorstand über einen Verbotsantrag gegen die NPD denkt. Um den Bundesvorstand zunächst über das zu informieren, was auf der Ebene der Bundesregierung bisher läuft, haben wir Herrn Staatssekretär Köppler gebeten, weil Herr Benda heute nachmittag nicht hier sein kann, darüber zu berichten.

NPD-VERBOT

Köppler: Herr Vorsitzender! Meine Herren! Ich möchte Ihnen das Gesamtproblem nicht in extenso darlegen, sondern Sie nur kurz darüber ins Bild setzen, wie der Stand der Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, insbesondere auch beim Bundesminister des Innern, ist. Sie wissen, daß der Bundesminister des Innern im Kabinett eine Vorlage eingebracht hat, die dazu geführt hat, daß das Kabinett die Frage eines Verbots der NPD nach Art. 21¹ zur Zeit prüft. Diese Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Es ist so, daß das Kabinett den Bundesminister des Innern gebeten hat, seine Materialien in extenso aufbereitet dem Kabinett für die eigene Willensbildung zur Verfügung zu stellen. Das ist zur Zeit vorwiegend ein technisches Problem. Das wird in den nächsten Tagen geschehen.

Zur Sache selbst, zu den Erwägungen des Bundesministers des Innern, darf ich mich auf ganz wenige Punkte konzentrieren. Zunächst ist natürlich für die ganze Frage wich-

¹ Art. 21 Absatz 2 GG Satz 1: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“

tig, wie man die politische Vorfrage, nämlich die der Prozeßchancen, beurteilt, wie eigentlich die rechtliche Seite der Sache aussieht. Man muß sich allerdings darüber klar sein, daß es sich hier für die politische Beurteilung nur um eine Vorfrage handelt; wenn sie negativ beurteilt wird, scheidet die politische Erwägung vollends aus.

Es ist also selbstverständlich so, daß der Bundesminister des Innern nach dem Ergebnis seiner Prüfung davon ausgeht, daß diese Vorfrage positiv zu beantworten ist, d. h. also, daß hier eine – soweit man überhaupt bei Prozessen von einem kalkulierbaren Risiko reden kann – ausreichende Prozeßgewinnchance gegeben ist und daß die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren nach Art. 21 des Grundgesetzes gegeben sind.

Darüber läßt sich natürlich unter juristischen Gesichtspunkten endlos debattieren. Ich möchte aber diesen Punkt nur als Vorfrage mit dem Ergebnis der Prüfungen des Bundesministers des Innern hier angeschnitten haben, sonst aber weiter nicht berühren.

Ich möchte noch einige Bemerkungen zu den politischen Erwägungen machen, von denen sich der Herr Bundesminister des Innern leiten läßt. Das eine ist eine rechtspolitische Grundsatzfrage, die durchaus nicht nur auf die Rechtspolitik beschränkt bleibt, die Frage nämlich, ob diejenigen Bestimmungen unseres Grundgesetzes, hier die Art. 21, 9 und 18,² heute noch in die politische Landschaft passen und zeitgerecht sind, oder als nicht mehr zeitgerecht sozusagen obsolet dadurch werden sollten, daß man sie nicht anwendet.

In dieser Frage ist der Bundesminister des Innern entschieden der Auffassung, daß auch heute noch, unabhängig von der Frage der Geltung der Verfassung, unter rein politischen Gesichtspunkten diese Instrumente, die unsere Demokratie zu einer abwehrbereiten Demokratie – wie das Bundesverfassungsgericht es einmal im KPD-Urteil³ formuliert hat – gemacht haben, notwendig sind und daß wir uns darüber klar sein müssen, daß, wenn bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die dafür vorgesehenen Sanktionen im Grundgesetz nicht angewandt werden, dann bei häufigeren Verfahren in dieser Weise natürlich diese Instrumente unserer Verfassung in der Tat durch Nichtanwenden, obwohl Anlässe dazu gegeben wären, obsolet geworden sind und auch in einer Stunde ernster Gefahr nicht mehr zur Verfügung stehen.

Unter diesen wesentlichen rechtlichen und verfassungspolitischen Aspekten ist der Herr Bundesminister des Innern der Meinung, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen für ein Verfahren nach Art. 21 – und er bejaht das für die NPD – mindestens die Prüfung angestellt werden muß, ob ein Antrag von einem Antragsberechtigten nach Art. 21 zu stellen ist oder nicht. Natürlich weiß auch der Herr Bundesminister des Innern, daß nun ein Ermessensspielraum besteht, der politisch ausgefüllt werden muß, in der Richtung:

2 Art. 9 GG behandelt die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Art. 18 die Grundrechtsverwirkung.

3 Antrag der Bundesregierung vom 22. November 1951 auf Verbot der KPD, Entscheidung am 17. August 1956. Vgl. Gerd PFEIFFER/Hans-Georg STRICKERT (Hg.): KPD-Prozeß. Dokumentarwerk. 3 Bde. Karlsruhe 1955/56.

Muß man auch bei Vorliegen der Voraussetzungen von den Möglichkeiten Gebrauch machen oder nicht?

Der Bundesminister der Innern neigt dazu, in diesem Ermessungsspielraum zu einem Verbot zu raten, und zwar unter folgender Erwägung. Wir stehen vor der Situation, daß zwar die NPD in den letzten Wochen einen gewissen Abwärtstrend erkennen läßt. Dieser Abwärtstrend ist aber nach unserer Auffassung und den Hochrechnungen, die wir im Innenministerium laufend vornehmen lassen, nicht soweit verlaufen, wenn nicht ganz neue Momente und Entwicklungen eintreten, daß die NPD nicht in den Bundestag einziehen wird. Auch die letzte Hochrechnung zeigt noch, daß die NPD trotz verhältnismäßig schwacher Stellung im Gesamtabschneiden bei den letzten Wahlen und Befragungen gerade noch über 5% liegt. Wir gehen also davon aus, daß, wenn nichts geschieht, die NPD mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Bundestag einziehen wird.

Wir kommen dann in eine zunehmende schwierige Situation, eine Partei nicht nur in den Länderparlamenten, in der politischen Wildbahn, sondern auch im Bundestag zu haben, der staatlicherseits alle Möglichkeiten zur Ausschöpfung verfassungsmäßiger Parteien gegeben werden müssen; mit anderen Worten, wir müssen nicht nur die Konsequenzen aus den Urteilen über die Finanzierung der Wahlkampfkostenerstattung ziehen – das war unabhängig davon, auch nach den Beschlüssen des Bundestags wäre die NPD schon in den Besitz dieser Wahlkampfkostenerstattungen gekommen, und zwar unabhängig von dem korrigierenden Urteil von Karlsruhe –, sondern auch in allen anderen Bereichen wird die NPD von allen Möglichkeiten staatlicher Unterstützung und Förderung der politischen Arbeit demokratischer Parteien Gebrauch machen können. Alle staatlichen Instanzen, der Bund, die Länder und auch die Kommunen, werden nicht in der Lage sein, das der NPD, die von ihrem Parteienprivileg Gebrauch macht, zu verbieten.

Wir werden dadurch in die Situation kommen, daß der Kampf um Stadthallen, um Säle usw. nicht nur jetzt und im kommenden Wahlkampf, sondern auch auf die Dauer sozusagen zum politischen Tagesgesprächsstoff in Deutschland wird. Wir werden dann auf der anderen Seite eine Eskalation der Reaktion auf der äußersten Linken erleben, die allein durch diese Tatsache, daß die NPD natürlich rücksichtslos von ihren Möglichkeiten Gebrauch macht, den Beginn des berühmten Schaukelprozesses einleiten könnte, der einfach darin besteht, daß linke Aktivität nun rechte Aktionen hervorruft. Es ist klar, das Wahlziel der NPD und alle ihre Vorbereitungen für die Wahlkampfführung gehen in diese Richtung, daß sie diese Rolle wahrnehmen wollen, und umgekehrt auch rechte Aktionen und linke Aktionen nicht nur bei der als Partei organisierten Linken, sondern auch bei der APO-Linken erzeugen werden.

Natürlich haben wir eine breite und solide demokratische Mitte in Deutschland. Die Frage ist nur, ob wir auf die Dauer – der Verzicht auf ein Zugreifen nach Art. 21 wäre ja die Hinnahme eines solchen Zustandes – riskieren wollen, daß die Aktionen auf dem linken und dem rechten radikalen Flügel ungestört weitergehen können und damit vielleicht doch ein gewisser Erosionsprozeß der demokratischen Mitte auf lange Sicht hin eintreten könnte.

Meine Herren! Das sind die Erwägungen, von denen sich im wesentlichen – von den vielen anderen, die angestellt worden sind, will ich schwiegen – der Herr Bundesminister des Innern bei seinem Votum hat leiten lassen. Er verkennt natürlich nicht, daß seit seiner Vorlage bestimmte politische Stellungnahmen und Entwicklungen vorgegangen sind. Er hat Kenntnis genommen von bestimmten Stellungnahmen von führenden Persönlichkeiten der SPD zu dieser Frage in diesem Zusammenhang.⁴ Er sieht seine Aufgabe lediglich darin, dem Kabinett und seiner Partei seine Prüfungsergebnisse vorzutragen. Die politische Entscheidung, die hier fällig ist, muß woanders gefällt werden.

Heck: Schönen Dank! Freund Lemmer!

Lemmer: Ich bedauere, hier zu einigen anderen Überlegungen kommen zu müssen. Wir stehen hier vor einem Entweder-Oder. Ich halte es auf jeden Fall für falsch, sich nur mit der NPD, also mit der Rechten, und nicht gleichzeitig in einem Zug mit der Linken zu beschäftigen. Charakteristisch für das, was ich meine, war heute die Sitzung im gesamtdeutschen Ausschuß, wo, ich will nicht sagen, kontrovers, aber doch nicht übereinstimmend die Frage erörtert wurde, inwieweit diese Verlängerung des ohne Gegenleistung gewährten Zeitungsaustausches mit dem Osten, der am 31. März abgelaufen ist, fortgesetzt werden soll oder nicht.⁵

Die SPD plädiert für Verlängerung ohne neue Frist, während unsere Freunde in der Mehrheit wünschen, eine Frist bis zum 31. März vorzusehen. Ich habe der SPD gesagt, sie sei wie Thor auf einem Auge blind. Sie sieht nur nach rechts, aber sie hat nach links keinen Blick. Wir sollten aber zweiäugig diese Frage betrachten und danach handeln; wir sollten das nicht nur erkennen, sondern auch praktizieren. Ich fühle mich auch als Bundesbürger, nicht nur als West-Berliner, von der Linken mehr bedroht als von der Rechten. Es ist ja Ihre Privatempfindung, wie es bei Ihnen ist, ich jedenfalls fühle mich von der Rechten in keiner Weise bedroht. Sie ist für mich ein großes Ärgernis, aber ich fühle mich nicht davon bedroht. Ich fühle mich bedroht von der Zersetzung unserer Widerstandskraft durch die Linke, und zwar hier im Bundesgebiet mehr als Sie ahnen und wissen. Das ist bei der NPD nicht der Fall. Das ist das eine, was ich ausdrücklich sagen möchte.

Wenn wir uns entschließen sollten, dem Weg des Bundesinnenministers hinsichtlich der NPD zu folgen, muß gleichzeitig sichtbar gemacht werden für unsere Öffentlichkeit, daß mit dem Unfug an den Universitäten es zu Ende gehen muß. Daß wir jeden Tag spaltenlange Berichte über die Zerstörung der Staatshoheit, über die Zerstörung der demokratischen Ordnung zur Kenntnis nehmen müssen und dann unter dem Eindruck dieser täglichen Lektüre von einem NPD-Verbot geschrieben wird, meine Freunde, das

4 Wehner forderte „politische Klugheit und nationale Disziplin“ gegenüber der NPD, vgl. dpa vom 5. Oktober 1968. Vgl. auch „Welt“ vom 15. Januar 1969 „Zweifel an Verbot der NPD wachsen“ zu weiteren Stellungnahmen von SPD-Politikern.

5 Das „Achte Strafrechtsänderungsgesetz“ vom 25. Juni 1968 (BGBl 1968 I S. 741) stellte die Einfuhr von Presseerzeugnissen aus der DDR nicht mehr unter Strafe (BULLETIN Nr. 95 vom 30. Juli 1968 S. 824). Dies galt für den Zeitraum vom 1. August 1968 bis 31. März 1969. Der Bundestag verlängerte den Zeitungsaustausch mit der DDR in seiner Sitzung am 26. März 1969 bis zum Jahr 1971 (Sten.Ber. 5. WP 224. Sitzung S. 12285 f.)

stimmt nicht überein. Darauf können Sie sich verlassen. Das ist ein Bruch. Infolgedessen muß zunächst einmal die paritätische Behandlung gewährleistet sein. Dann könnte ich mich bereit finden, den Weg des Verbots zu gehen, aber dann müssen wir die Konsequenzen gegen alle die ziehen, die unsere freiheitliche Ordnung mehr bedrohen als wir ahnen.

Es gibt noch taktische Überlegungen hinsichtlich der Zusammensetzung des kommenden Bundestags so oder so, die ich in meinem Busen bewahren möchte – soweit ich einen Busen habe –, von denen ich nicht sprechen möchte, wozu sich aber manches sehr Interessante sagen ließe. Aber das soll man bei sich behalten. Unter vier Augen wäre ich bereit, meine Gedanken darüber zu äußern, die aber nur der Berücksichtigung wert sind. Entscheidend ist das Grundsätzliche.

Heck: Schönen Dank! Dazu Herr Köppler!

Köppler: Herr Minister Lemmer, genau von dieser Doppelspurigkeit der Situation geht natürlich auch der Innenminister aus. Wir kommen in der anderen Frage zu folgendem: zu konkretisieren ist einmal auf die DKP und einmal auf den SDS. Wir kommen in eine noch größere Zwangssituation hinein, und es verdichtet sich das Bild der DKP dahin, daß sie in der Tat eine Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD ist. Wenn diese Prognose zutrifft, die man heute nur stellen kann angesichts der noch im Gang befindlichen Entwicklung, dann ist kein Verfahren in Karlsruhe einzuleiten, sondern dann ist nach den einschlägigen Bestimmungen lediglich diese DKP als verbotene Ersatzorganisation zu verbieten, was dann nachher gerichtlich nachzuprüfen wäre.

Genauso ist die Lage beim SDS. Beim SDS lagen sicher schon im Frühjahr des vergangenen Jahres die Voraussetzungen für ein Verbot nach Art. 9 – einer Vereinigung – vor. Wir haben keinen Gebrauch von der objektiv gegebenen Möglichkeit aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen bisher gemacht. Der Bundesminister des Innern neigt jetzt dazu, obwohl er sieht, daß eine kurzfristige Bereinigung der Krawallsituation aus einem Verbot des SDS nicht zu erwarten ist, aber wegen des vielleicht notwendigen demonstrativen Charakters in dieser Richtung, doch mehr zu einem Verbot des SDS zu kommen. Aber das sind natürlich Dinge, die selbstverständlich im Zusammenhang mit der Frage eines NPD-Verbotes geprüft werden müssen. Auch das NPD-Verbot ist unter dem Gesichtspunkt der vielleicht notwendigen oder unausweichlichen Maßnahmen in Richtung Linksradikalismus zu prüfen. Das ist völlig klar. Nur habe ich meinen Auftrag nach der Tagesordnung zunächst darin gesehen, über den Stand der Dinge in Sachen NPD zu berichten.

Heck: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Herr Vorsitzender! Meine Herren! Der Bundesminister des Innern hat den Verbotsantrag gestellt, der, das muß ich sagen, für die anderen beteiligten Minister etwas kurzfristig kam nach einer Aussprache im sogenannten Kressbronner-Kreis⁶, in dem er überwiegend von den anwesenden Herren der SPD und der CDU darum gebeten wurde. Das muß zur Vorgeschichte gerechterweise gesagt werden, weil es hier und da

⁶ Integrationsinstrument der Großen Koalition, benannt nach dem Urlaubsort Kiesingers am Bodensee, erstmals am 29. August 1967 zusammengetreten. Vgl. Nr. 20 Anm. 39.

eine gewisse Kritik gegeben hat, daß der Kollege Benda diesen Antrag einbrachte. Für uns, die wir nicht diesem erlauchten Kreise angehören, kam das auch etwas überraschend und etwas kurzfristig. (*Lebhafte Unruhe.*) Das hat uns in eine etwas schwierige Verhandlungslage gebracht, weil die Sozialdemokraten im Kabinett zunächst geschlossen dazu neigten, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen, während es bei uns in der CDU und vor allem in der CSU doch eine Reihe von Personen gab, die ernste Bedenken hatten und auch noch haben. Die Bedenken sind zweierlei Art. Sie liegen zunächst in der Frage, ob die rechtlichen Argumente durchschlagen. Das ist eine Frage, die man noch nicht abschließend beurteilen kann, für die der Bundesminister des Innern noch einmal zusätzliches Material im Kabinett vorlegen wird. Ich möchte sagen, daß man zu einer positiven Entscheidung nur kommen kann, wenn man mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, d. h. ohne ein nennenswertes Prozeßrisiko, davon ausgehen kann, daß einem solchen Antrag auch stattgegeben wird. Ein größeres Risiko würde meines Erachtens dafür sprechen, keinen solchen Antrag zu stellen.

Die politischen Gründe haben wir alle überlegt. Es gibt sicher gewisse Gründe dafür, es gibt aber auch Gründe dagegen, weil vor allem die Frage zu stellen ist, ob man nicht doch einer Partei, die im Grunde genommen in einem gewissen Übergang und in einer Schwächung begriffen ist, mit politischen Mitteln begegnen sollte als mit dem Weg über einen Verbotsantrag. Ich glaube auch nicht, daß eine solche politische oder rechtliche Entscheidung das Instrument für alle Zeiten in einer anderen Konstellation unbrauchbar machen würde. Daß wir das Instrument auch für andere Konstellationen aufrechterhalten müssen, ist auch meine Überzeugung.

Eine große Rolle hat die eben schon von Herrn Kollegen Lemmer angeschnittene Frage der linksradikalen Gruppen gespielt; also eine politische Symmetrie – wenn ich einen beliebigen Ausdruck abwandle – ist aus sachlichen und politischen Gründen unbedingt erforderlich.

Bundeskanzler Dr. Kiesinger kommt in den Saal.

Kiesinger: Meine Herren! Ich bitte um Entschuldigung, ich konnte nicht hier sein, weil ich etwas zu erledigen hatte.

Ich habe zunächst einer Pflicht zu genügen. (*Die Anwesenden erheben sich.*) Am 5. Januar ist der Ehrenvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, Landrat a. D. Walter Jansen, gestorben. Er war in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Er war Mitbegründer der CDU in Hessen. Ihm war Politik aus christlicher Verantwortung Herzenssache.

Wir haben in ihm einen treuen und loyalen Mitarbeiter des Bundesvorstands verloren, dem er schon im Jahre 1957 angehört hat. Wir bedauern den Hingang des treuen Parteifreundes und werden sein Andenken in Ehren halten. Sie haben sich zu seinen Ehren erhoben. Ich danke Ihnen.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Ich hatte gerade das Problem des Linksradikalismus behandelt. Ich möchte dazu sagen, ich glaube nicht, daß wir eine sichere Meinung

haben, wie wir die Frage der linksradikalen Gruppen behandeln. Wenn man gegen die NPD gerichtlich vorgeht, muß man auch die Konsequenzen für die DKP sehen. Was ein Nichtvorgehen gegen die NPD juristisch für die Behandlung der DKP bedeutet, weiß ich nicht. Ich würde die Frage im Augenblick offenlassen. Ein Vorgehen gegen die NPD kann nur, auch bei der von Herrn Köppler gegebenen Wertung, die Automatik der Aktion gegen die DKP bedeuten.

Beim SDS bin ich bisher immer der Meinung gewesen, daß der direkte organisatorische Verbotszugriff nicht das Zweckentsprechende ist. Es mag neue Überlegungen geben, die Sie angedeutet haben. Das schließt natürlich nicht aus, daß man im Lichte der Ereignisse der letzten Wochen in der Tat mit großer Entschiedenheit und Klugheit gleichzeitig und in einer nachdrücklicheren Form als bisher zu Konsequenzen für die innere Situation der Universitäten kommen muß. Dazu wird man sich der Möglichkeiten des Strafrechts mit den langen Terminverzögerungen, die es ja leider gibt, und eines neuen Ordnungsrechtes bedienen müssen.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Landesgesetzgeber gehört es, zusammengebrochene und auch nicht mehr brauchbare alte Disziplinarrechte, die in der alten Form nicht mehr anwendbar sind, in ein praktikables neues Ordnungsrecht umzusetzen, um einzelne kriminelle Täter von den Universitäten wegzubekommen. Was dort in den letzten Wochen passiert ist, ist nicht mehr tragbar. Hier sind die Landtage und die Landesregierung aufgefordert, etwas zu tun, weil es zu einer Erschütterung des Rechtsbewußtseins in der ganzen Bevölkerung und auch zu einer Unfähigkeit der Universitäten führt. Ich glaube auch, daß es im Augenblick eine große Erregung in der Öffentlichkeit auslöst, was in Berlin und in Heidelberg jetzt geschieht.⁷ Ich würde vorschlagen, daß der Bundesvorstand versucht, von hier aus ein vernünftiges politisches Wort zu diesen Dingen zu sagen. Ich vermisse, offen gesagt, daß die Parteien in den letzten acht Tagen diese Diskussion stärker beeinflußt haben, daß man einzelne Leute, wie den Herrn Krause⁸, im Gefecht gelassen hat. Die SPD hat ihn mit keinem Wort unterstützt. Da gibt es nur das verlegene Schweigen. Wenn wir, ohne zu militant zu sein – das halte ich auch für falsch –, in einer sehr abgewogenen und deutlichen Erklärung etwas zu diesen Vorgängen sagen, dann ist das etwas, was uns im Augenblick von der Öffentlichkeit sehr gut abgenommen wird.

Ich wollte nur zum Thema SDS sagen: Ich habe bisher immer den anderen Weg gesehen, weil wir natürlich nicht verhindern können, daß sich sofort Ersatzorganisationen bilden, die nicht weniger juristische Probleme haben. Das politische Bild hat sich etwas

⁷ In Berlin rief der AStA der FU am 8. Januar 1969 die Studierenden zu militanten Aktionen auf, es kam zu Besetzungen von Seminaren und Streiks der Studenten. Vgl. FAZ vom 10. Januar 1969 „Freie Universität wieder unruhig“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 11./12. Januar 1969 „FU-Studenten wollen ‚aktiven Streik‘“. – In Heidelberg kam es nach der Festnahme von SDS-Mitgliedern am 10. Januar 1969 zu einer Demonstration von Studenten, bei der weitere Studenten festgenommen wurden. Die verbarrikadierten Räume des AStA wurden von der Polizei gestürmt.

⁸ Der baden-württembergische Innenminister Krause hatte das Vorgehen der Polizei verteidigt. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 14. Januar 1969 „Regierung stellt sich vor die Polizei“.

geändert, wie auch Herr Köppler schon gesagt hat. Ich habe auch den Eindruck, daß die Sozialdemokraten ihre Position zum NPD-Verbot überprüfen. Die SPD-Minister wären im Dezember alle bereit gewesen, einem Verbotsantrag zuzustimmen. Ich höre nun, daß nicht nur Helmut Schmidt, der das öffentlich gesagt hat, sondern auch Brandt und andere jetzt etwas anderes überlegen und Zweifel haben, ob das zweckmäßig ist. Das ist für die Beurteilung der politischen Lage nicht ohne Bedeutung.

Heck: Herr Gradl!

Gradl: Nach einer Äußerung von Helmut Schmidt hat er gesagt, er würde ein Ausscheiden der NPD durch Verwaltungsakt einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorziehen.⁹ Die Frage ist, hat es überhaupt einen realen Sinn. (*Zuruf:* Das hat er nie gesagt! – *Lebhafte Unruhe.*)

Köppler: Das ist die alte Vorstellung – wenn ich das zwischendurch einmal sagen darf, Herr Gradl –, die einmal in der hessischen SPD genährt worden ist, man könne die NPD als Ersatzorganisation der NSDAP oder der verbotenen SRP behandeln. Das ist rechtlich völlig ohne Aussicht.

Gradl: Dann bleibt die Frage eines Verbots nur übrig in bezug auf ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Hier ist schon wiederholt gesagt worden, von entscheidender Bedeutung ist die Frage, ob überhaupt eine Chance für ein solches Verbot durch das Bundesverfassungsgericht besteht. Deshalb frage ich, gibt es Fühlungen mit dem Bundesverfassungsgericht? Ich weiß, daß man dies nicht so offen und ungeniert machen kann, aber in früheren vergleichbaren Verfahren gab es immerhin einen persönlichen Meinungs austausch damit. Wenn das aber nicht sein sollte, was ich mir nicht vorstellen kann, dann sollte man die Fühlungnahme mit Karlsruhe schnell nachholen.

Ich habe aus einem bestimmten Gespräch den Eindruck gewonnen, daß in Karlsruhe jedenfalls in einer bestimmten Richtung einem solchen Verbotsantrag keine große Chance zugemessen wird. Aber wenn man das überhaupt in Erwägung zieht, dann bitte, dies alles schnell machen.

Was auch sehr schädlich ist, ist das Sichhinziehen der Erörterung darüber, soll man oder soll man nicht. Dies erweckt doch den Eindruck der Entscheidungsschwäche. Unterstellt, es gäbe eine genügende Chance überhaupt, dann gibt es immer noch die weitere Frage, wie ist es denn vor der Wahl? Kann man überhaupt ernsthaft damit rechnen, daß vor der Wahl ein Verbot ausgesprochen würde? Wenn nicht, dann bedeutet das doch, daß wir den politischen Kampf mit der NPD auf jeden Fall führen müssen. (*Lebhafte Unruhe.*) Hinterher ist es in jeder Hinsicht schlecht, selbst wenn eine Chance bestehen sollte. Wenn die Partei erst einmal im Parlament ist, dann hat sie sowieso eine ganz andere Plattform. Ferner wüßte ich gern, wie der Verbotsantrag begründet wird. Dies scheint mir auch für die öffentliche Auseinandersetzung nicht unwichtig zu sein. Ich weiß nicht, wie man sich die Begründung denkt. Ich wüßte es nicht. Ich fürchte, daß wir den Zeitpunkt für ein Verbot der NPD verpaßt haben.

⁹ Schmidt äußerte Zweifel, „ob es richtig ist, wenn die Obrigkeit dem mündigen Wahlbürger die Entscheidung über die NPD abnimmt“, vgl. „Welt“ vom 15. Januar 1969 „Zweifel an Verbot der NPD wachsen“.

Ich habe im vorigen Jahr an diesem Tisch mich für das Verbot ausgesprochen. Damals war eine andere Situation. Man war noch weit weg von der Wahl. Man war allgemein schockiert – das war zu merken bis hin nach Karlsruhe – von dem Auftrieb, den die NPD hatte. Aber dieses ist eben vorbei. Wenn man es heute macht, kommt man zu sehr in die Nähe der Wahl und damit zu der Meinung, daß die Wahl manipuliert werden soll. Insofern habe ich meinen Standpunkt von damals korrigiert, nicht weil ich den Einbruch der NPD für weniger gefährlich halte als vor einem Jahr, im Gegenteil, ich halte ihn eher für gewachsen; aber ich glaube, daß aufgrund der heute gegebenen Zusammenhänge die Situation nicht mehr gegeben ist.

Eines scheint mir klar zu sein, wenn man nicht gegen die NPD und nur gegen links vorgeht, so halte ich das auch für unmöglich, und zwar schlechterdings aus außenpolitischen Gründen. In diesem Kreise hier brauche ich nicht zu beschreiben, was das bedeuten würde.

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Wenn wir vor einem Jahr den Antrag gestellt hätten – den wir Gott sei Dank nicht gestellt haben –, würde in diesen Monaten die Entscheidung beim Bundesverfassungsgericht fallen; möglicherweise würde der Antrag abgelehnt. Das wäre genau das, was uns zur Wahl gerade noch fehlte. Der Antrag ist also nicht gestellt worden. Ich halte überhaupt nichts von einem solchen Antrag. Ich kann von mir aus nicht beurteilen, wie weit uns die rechtliche Situation eine Prozeßchance gibt. Ich kann nur sagen, daß in den Innenministerien der Länder die These behandelt wird, daß eine Prozeßchance nicht besteht. Die Resignation in dieser Frage ist dort offensichtlich ziemlich groß. Ich kann alles das, was Herr Stoltenberg von der politischen Seite dazu gesagt hat, unterstreichen. Es wäre ein politischer Wahnsinn, das zu tun, wenn man es doch nicht schaffen kann.

Zweitens ist ein NPD-Verbot politisch überhaupt nicht durchzustehen, wenn man nur nach der einen Seite schießt und auf der anderen Seite plötzlich blind ist. Das ist meiner Ansicht nach nicht zu machen. Ich kann nur sagen, ich weiß nicht, wie weit wir bei der jetzigen gesamtpolitischen Lage auf den Gedanken kommen könnten, die DKP zu verbieten. Man kann ja nicht den SDS verbieten und dann gleichzeitig auch die DKP. Ich muß sagen, ich bin recht froh darüber, daß die DKP wieder da ist. Die illegale Betriebsgruppenarbeit und die Zersetzungstendenzen in bestimmten Gewerkschaftsgruppen gibt es doch schon lange. Wer die illegalen KP-Gruppen, wer die illegale Betriebsgruppenarbeit und die Zersetzungstendenzen von bestimmten Gewerkschaftsgruppen und KP-Gruppen in den letzten Jahren beobachtet hat, muß einfach zugeben, daß es eigentlich ganz gut ist, wenn diese Leute wieder auftauchen. Sie waren ja alle da. Die DKP war kaum 14 Tage erlaubt¹⁰, da hat sie schon wieder ihre Ortsverbände gegründet. Das ist doch ein Beweis dafür, daß bereits alles fertig war, um loszuschlagen. Es ist also außerordentlich wichtig, sich darüber klar zu sein, daß wir in dieser Frage jetzt nichts unternehmen.

¹⁰ Bekanntgabe der Gründung am 26. September 1968.

Im übrigen habe ich den Eindruck, daß wir heute – vielleicht anders als vor einem Vierteljahr; es kann in einem Vierteljahr auch wieder anders sein – gar nicht so sicher sein können in der Wahlprognose, daß die NPD in den Bundestag kommt. Ich bin der Meinung, wenn wir uns die Mühe machen würden, überall – es wird aber nicht überall gemacht – die Konfrontation in den NPD-Gebieten hart durchzuführen – dies gilt insbesondere in den Wintermonaten für die bäuerlichen Gebiete, wo etwa die Gesamttendenz und die Gesamtstimmung keineswegs so ist, daß man mit den Leuten nicht reden kann –, daß wir dann eine reelle Chance haben, hier auch das Wählerlager der NPD entsprechend herunterzudrücken.

Von einem Verbot des SDS halte ich überhaupt nichts. Das würde zu einer breiten Solidarisierungswelle der Studentenschaft führen. Ich habe jedenfalls bis zum gestrigen Abend diesen Eindruck gehabt. Gestern war bei uns der Frankfurter SDS und hat versucht, einen Ansturm auf den Landtag in Mainz zu inszenieren. Es war eine ziemlich groß aufgezugene Sache. Wenn da ein paar vernünftige Leute bereit sind, etwas zu riskieren von der politischen Seite her, dann kann man ja eine ganze Menge tun. Ich glaube allerdings, daß eine Politik des puren Polizeiknüppels, wie sie gelegentlich geübt wird, indem diejenigen, die die Verantwortung tragen, sich gar nicht sehen lassen, nicht gerade eine überzeugende Politik ist. Es müssen dann schon die Führungsfiguren, die in den Endstufen der B-Gehälter sitzen, sich selber dort zeigen; sie dürfen aber nicht den A 5-Polizeibeamten das ganze Geschäft allein überlassen. Das ist eben ein Punkt, den man an vielen Orten spürt.

Dazu gehört auch die große Unsicherheit der Repräsentanten der Universitäten, der Rektoren usw. Wenn die Rektoren zuerst allmählich nachgegeben haben und dann bis zu einer Grenze gingen, daß sich alles verwischt hat, aber dann plötzlich versuchen, das verlorengegangene Terrain aufzuholen, dann darf man sich natürlich nicht über die Konsequenzen wundern. Ich bin im übrigen völlig mit Herrn Stoltenberg der Meinung, daß hier das geltende Recht ausreicht, wobei natürlich über das Disziplinarrecht noch einmal gesprochen werden muß. Ich bin auch der Meinung, daß man in diesen Bereichen, wenn man nur einen Willen hat, auch die Termine für die Prozesse abkürzen könnte. Es besteht gar keine Schwierigkeit, neue Kammern einzurichten, wenn man es ernsthaft will. Bisher sind aber diese Chancen und Möglichkeiten nicht genutzt worden. Man kann sehr ad hoc bei einem Landgericht eine Abhilfe schaffen. Wir machen das bei anderen großen Prozessen ja auch. Denken Sie an den Contergan-Prozeß¹¹, der jetzt läuft usw. Dort wird das ja auch langfristig geplant. Wenn eine Justizverwaltung ernsthaft etwas tun will, kann sie ganz kurzfristig ein Landgericht so erweitern, daß man entsprechend aktionsfähig ist. Ich habe nur den Eindruck, uns ist bisher in der ganzen Sa-

11 Strafverfahren gegen die Chemie Grünenthal GmbH wegen des Vertriebs des Schlaf- und Beruhigungsmittels Contergan, das schwerste Mißbildung bei Kindern hervorgerufen hatte, deren Mütter das Mittel während der Schwangerschaft eingenommen hatten. Der am 10. März 1967 eröffnete Prozeß wurde am 18. Dezember 1970 eingestellt, nachdem sich die Firma vertraglich verpflichtet hatte, für die mißgebildeten Kinder 100 Mio. DM zur Verfügung zu stellen.

che fast nie etwas Rechtes eingefallen. Ich habe auch den Eindruck, daß die zivilrechtliche Haftung benutzt werden kann. Das wäre auch ein Punkt, wo man den einen oder anderen persönlich ganz schön zur Ader lassen kann. Wenn man z. B. einen Haufen Scheiben einschlägt und sie selber bezahlen muß, dann kommt man in eine andere Lage, als wenn man von vornherein und gottergeben hinnimmt, daß man nicht zur Rechenschaft gezogen wird! Ich glaube also, das bestehende Recht gibt eine Unmenge von Möglichkeiten, die ausgenützt werden sollten. Ich warne aber dringend davor, etwa jetzt in das Gegenteil zu verfallen und zu sagen, mit dem Knüppel allein ist dieses Problem aus der Welt zu schaffen.

Bei dem Auftreten gestern abend in Mainz waren von den rund 500 Studenten 300 und mehr einfache Mitläufer. Es war auch durchaus möglich, sie in der Debatte mit entsprechendem Einsatz abzutrennen. Das andere sind im wesentlichen eine Gruppe von Leuten, bei denen ich im Zweifel bin, ob sie irgendwo inskribiert sind, die z. T. mit dem Bus quer durch die Bundesrepublik fahren. Dabei waren durchaus Sachkenner der Vor Kommission in Heidelberg dabei; von denen hat einer in Mainz studiert. Dieser wäre ja normalerweise nicht bei dem Sturm auf das Juristische Seminar in Heidelberg dabeigewesen. Er hat auch eine Frankfurter Autonummer am Wagen. Also ist der Hinweis ziemlich klar, daß das wahrscheinlich ein mobiles Kommando ist, das quer durch die Gegend fährt.

Ich bin also der Meinung, wir sollten hier durchaus mit harter Hand, wo es sinnvoll ist, durchgreifen. Aber bei einem Verbot habe ich erhebliche Zweifel, ob das nützlich ist, auch unter der parteipolitischen Sicht. Ich bin mir darüber im klaren, daß das Verbot vor allem unserem Partner in der Koalition nützt, und zwar sowohl nach links als auch nach rechts. Die Untersuchungen der zurückliegenden Landtagswahlen haben deutlich eine Anfälligkeitsgruppierung in der Reihenfolge SPD, FDP, CDU ergeben, wobei ich bei der CSU – die in diesem Punkt eine nationale Sonderrolle zu spielen bemüht ist – im Augenblick etwas stocke, aber das brauchen wir nicht näher zu ergründen.

Kiesinger: Meine Herren! Es ist für die Bundesregierung nicht sehr leicht – unter Umständen durch die Notstandsgesetzgebung, die uns im schlimmsten Falle eine Möglichkeit gibt –, die Dinge in die Hand zu bekommen. Das ist in erster Linie Sache der Länder. Wenn ich Länder sage, dann gliedert sich das wieder auf in die Ressorts der Innenminister, der Justizminister und in die unabhängige Richterschaft. Wir können uns keineswegs darauf verlassen, daß sich jetzt überall Richter finden, die in dieser Frage richtig entscheiden. Die Radikalisierung der Richterschaft ist sehr weit gediehen. Hinzu kommt die Unzufriedenheit über die Nichterfüllung ihrer gehaltlichen und beruflichen Forderungen. Ein Musterbeispiel ist dieser Herr Pulch¹², der mir damals während der Osterunruhen sofort entgegnet hat, die Richter seien nicht die Büttel des Staates. Das ist, wie mir ältere Richter sagen, unter den jungen Staatsanwälten eine außerordentlich

12 In der Vorlage Pusch. – Otto Rudolf Pulch (geb. 1921), Richter; 1966/67 Mitglied des Gesamtvorstands des Deutschen Richterbundes, seit 1967 Mitglied des Präsidiums, 1970–1979 MdL Hessen (FDP), 1976–1978 Staatssekretär im Hessischen Innenministerium, 1978–1986 Präsident des Hessischen Rechnungshofes. – Zu den Ereignissen vgl. Nr. 18 Anm. 58.

verbreitete Haltung. Diese Herren betrachten sich als eine Dritte Gewalt außerhalb des Staates. Das ist ein ganz verhängnisvoller Prozeß, der sich da vollzieht. In der Weimarer Zeit ist es ähnlich gewesen. Dort standen aber diese Richter rechts. Das Ergebnis ist uns ja allen noch in Erinnerung.

Zunächst einmal muß sich die Bundesregierung über den gesamten Sachverhalt unterrichtet halten. Wir haben in der letzten Kabinettsitzung den Innenminister beauftragt. Wir hatten schon vorher eine Kabinettsgruppe unter dem Vorsitz von Herrn Heck. Durch das Ausscheiden von Herrn Heck ist das etwas ins Stocken geraten. Ich lasse mich regelmäßig durch einen großen Lagebericht, der hier veranstaltet wird, an dem die Chefs des BND, des Bundesverfassungsschutzes, des Militärverfassungsschutzes, des Militärischen Nachrichtendienstes und die entsprechenden Ressorts vertreten sind, unterrichten. Aber das muß noch sehr viel besser gemacht werden.

Heute ist es so, wenn nicht das Ausland und seine Reaktionen wären, würde ich nicht einen Augenblick lang an ein Verbot dieser Partei gedacht haben. Sie ist innenpolitisch völlig ungefährlich. Nach den demoskopischen Ergebnissen – ich weiß, daß es mehr sind als die 2% – geht sie jetzt zurück. Es waren schon 7% nach den demoskopischen Ergebnissen. Das zeigt also einen Trend an. Ich war einmal Anhänger der Damoklesschwert-Theorie, solange diese Drohung da sei. Ich bin heute sehr im Zweifel, ob ich damit recht hatte. Das sind gar nicht so empfindsame Leute. Da ist ein harter Kern von Nazis, und um sie herum ist eine große Gruppe von Mitläufern. Das sind zum großen Teil unzufriedene Bauern. Es sind 8% Bauern. Dann sind es sehr viele Einzelkaufleute. Natürlich wird eine Partei auch dadurch gefährlich, daß solche Leute ihr zulaufen, aber nur dann, wenn sie eine Massenpartei wird.

Ich nehme an, daß der Rückgang vor allem dadurch zu erklären ist, daß die Leute mit einem ungewöhnlich hohen Optimismus in das neue Jahr hineingehen. Es ist das Gefühl, daß man sicher ist, daß man seinen Arbeitsplatz hat, daß eine verhältnismäßig gute Preisstabilität vorhanden ist usw. Das läßt einer radikalen Partei zwei Möglichkeiten, daß sie entweder ideologische Anhänger gewinnt – darin ist eine sehr große Chance, mit einer Ausnahme; darauf komme ich gleich zu sprechen –, oder daß sie wirtschaftlich mißvergnügte Bauern, kleine Mittelständler usw. heranzieht, die im Prozeß unserer Zeit leider nicht zu retten sind.

Einen Auftrieb kann sie bekommen, wenn sie das Gefühl hat, es gelingt der Regierung nicht mehr, Ordnung und Recht aufrechtzuerhalten. Damit treibt natürlich die ganz Linke ihr Wählerstimmen zu. Aber, meine Herren, ich kann auch hier nur sagen, täuschen wir uns nicht darüber, woher die wirkliche Gefahr droht. Die wirkliche Gefahr droht von ganz links.

Das ist von Anfang an in der Bundesrepublik so gewesen. Im Grunde genommen war es von Anfang an so, daß die drei demokratischen Parteien auf der einen Seite standen. All das große Hallo des Kampfes zwischen CDU und SPD, oder zwischen Adenauer und Schumacher usw., darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf der einen Seite wir stehen, und auf der anderen Seite das steht, was sich jetzt als APO einen Namen gibt, was wir ja alle kennen.

Diese Kräfte sind hoffähig in der Bundesrepublik. Ich habe im Kabinett die „Friedensrede“ des Herrn Ernst Bloch zitiert.¹³ Ich habe vor kurzem diese Rede – sie ist mir zugeschickt worden – und die Vorreden dazu von dem Historiker [sic!] Maihofer¹⁴ und die salbungsvollen Einleitungsworte des Veranstalters gelesen. Das ist Marcuse im Quadrat. Das ist haargenau der Aufruf zur gewaltsamen Revolution in der provozierendsten Form. Als ich es sagte, erwiderte Herr Eppler, der nun wirklich nicht in dem Verdacht steht, hier zu streng zu urteilen: Er ist zudem noch ein wüster Demagoge. Ich habe das in Freiburg miterlebt. Und dieser Mann wird von der Deutschen Gesellschaft¹⁵ – ich habe kein Telegramm geschickt – dazu aufgefordert! Der Herr Bundespräsident hat ein Telegramm geschickt, wie das so ist, und hat dem Herrn gratuliert. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich muß gestehen, ich habe diesen Herrn Bloch nach Tübingen gerufen, aber in der Weise, wie das eben geschieht. Mein Kultusminister, damals noch Dr. Storz, und die ganze Universität haben ständig insistiert. Er war vorgeschlagen. Ich habe mir damals überlegt, lasse ich es nun darauf ankommen. Ich hatte vorher schon einmal einen Kampf mit einem ähnlichen Gesellen, wo es einen Riesenstunk gegeben hat – wie hieß er noch –, Professor Bense¹⁶, wo Herr Jaspers¹⁷ eingreifen wollte usw.

Man hat sich gedacht, der Mann wird jetzt, nachdem er von drüben gekommen ist, hier seine Vorlesungen halten. Von wegen! Er ist ein ganz wilder Kämpfer. Sein Held ist Thomas Münzer¹⁸. Den zitiert er. Ich habe den Dutschke einen wildgewordenen Wildertäufer genannt, ohne zu ahnen, daß das in der Rede von Herrn Bloch der Patron ist. Ich sage das deswegen, diese Art von linken Leuten ist in Deutschland hoffähig, und sie

13 „Widerstand und Friede“ war der Titel der Rede, die Bloch anlässlich der Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 15. Oktober 1967 in der Frankfurter Paulskirche hielt. Laudator war Werner Maihofer. Druck in Ernst BLOCH: *Widerstand und Friede. Aufsätze zur Politik.* Frankfurt/Main 1968 S. 84–97 (gedruckter Text) und S. 97–111 (gesprochene Rede).

14 Im Original Meinhofer. – Prof. Dr. Werner Maihofer (geb. 1918), Jurist; 1955–1969 Professor für Rechts- und Sozialphilosophie, Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Saarbrücken, 1967–1969 Rektor der Universität Saarbrücken, 1972–1980 MdB (FDP), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1978 Bundesminister des Innern. Vgl. KEMPF/MERZ S. 462–465.

15 Gemeint ist der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der den Friedenspreis verleiht. Gratulationstelegramm Lübkes in BULLETIN Nr. 113 vom 17. Oktober 1967 S. 968.

16 Prof. Dr. Max Bense (1910–1990), Philosoph und Schriftsteller; Studium der Physik, Mathematik und Philosophie in Köln und Bonn, 1937 Promotion zum Dr. phil. nat. in Bonn, 1946 Habilitation in Jena, 1950 a. o. Professor für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der TH (später Universität) Stuttgart, 1960–1979 o. Professor. Vgl. Elisabeth WALTHER (Hg.): *Max Bense. Ausgewählte Schriften in vier Bänden.* Berlin 1998.

17 Prof. Dr. Karl Jaspers (1883–1969), Philosoph; Studium der Rechtswissenschaft und Medizin in Heidelberg, München, Berlin und Göttingen, 1907 Promotion, 1913 Habilitation, 1922–1937 (Zwangsemeritierung) Professor für Philosophie in Heidelberg, 1945 Beteiligung am Neuaufbau der Universität Heidelberg, 1948–1961 Professor für Philosophie an der Universität Basel. Vgl. Ralf KADEREIT: *Karl Jaspers und die Bundesrepublik Deutschland. Politische Gedanken eines Philosophen.* Paderborn 1999.

18 Thomas Münzer (um 1490–1525), Reformator und Theologe.

werden repräsentiert durch einen großen Teil unserer Literaten, wobei ich den Grass ausnehme. Der Grass ist ein zwar naiver, aber immerhin engagierter Demokrat. Aber Herr Böll¹⁹ usw.!

Dann gibt es eine sehr große Anzahl von Zeitungen, Zeitschriften und natürlich Fernsehen und Rundfunk. Diese Leute haben bis vor kurzem keine Bataillone gehabt. Sie schrieben und hetzten zwar, aber es ging nicht hinein. Jetzt haben sie zum erstenmal Bataillone bekommen. Es sind Leute, die von anderswo gelernt haben. Wenn man liest, wie diese in einem Seminar mit Studenten und Dozenten erklärt haben, wieviel Leute es brauche, um eine ganze Nation durcheinanderzuschütteln, nämlich einen modernen Bürgerkrieg von kleinen Haufen, dann weiß man, das hört nicht auf. Auch wenn ich von allen Seiten höre, die sind in sich zerstritten, so glaube ich das nicht. Die haben Blut geleckt und werden weitermachen.

Nun ist es ganz richtig, daß bei solchen Veranstaltungen – um das, was Herr Kohl gesagt hat, auch zu erwähnen – viele mitlaufen. Das ist wahr. Wir erleben ja dauernd bei den Wahlen, daß sie gewählt werden, diese Burschen. Dann kommt einmal ein Aufstand dagegen. Dann werden wieder einmal ein paar vernünftige Leute gewählt, aber das nächste Mal bleiben sie alle zu Hause. Es kommen nur 40% zur Wahl. Von diesen 40% wählt dann die Mehrheit diese Leute.

Das liegt z. T. darin begründet, daß die Studenten ganz allgemein mit einem großen Teil ihrer Professoren einfach unzufrieden sind. Es gibt immer noch Professoren, die auf dem hohen Roß sitzen und sich den Studenten gegenüber benehmen, wie man sich heute nicht mehr benehmen darf. Die Arroganz dieser Herren ist z. T. erschütternd. Es gibt auch Professoren, die sich nicht genug um die Studenten kümmern. Die Leute haben das Gefühl, sie werden nicht genügend beachtet. Deshalb gibt es eine starke Mitläuferschaft. Was soll man also tun? Nun wird immer nach der Staatsautorität gerufen. Was ist denn Staatsautorität? Was ist überhaupt Staat in diesem Zusammenhange? Das ist die Bundesregierung, die kein Instrument hat außer jetzt in ganz extremen Fällen den Einsatz des Bundesgrenzschutzes. (*Lemmer: Eine Dame ohne Unterleib! – Heiterkeit.*) Das sind die Länder, das sind die Gemeinden, das sind die Universitäten selbst. Das sind die Staatsanwälte und die Richter. Das ist nicht zuletzt die öffentliche Meinung. Ich habe meinen Herren vom Presseamt gesagt: Wann werdet ihr endlich den Versuch machen, die Leute in der Presse, die wirklich sehen, was los ist, um euch zu scharen, damit die wirklich loslegen? – Nun, es hat angefangen. Das muß man zugeben. Es ist also außerordentlich schwer, das zu tun, was Herr Kohl vorgeschlagen hat, nicht überall mit dem Polizeiknüppel dreinzuschlagen. Aber man soll da, wo man die richtigen Brüder trifft, mit den Mitteln der Polizei und der Justiz eingreifen. Das müssen wir erreichen. Der Bund muß hier irgendeine Führung ergreifen, indem man die Ministerpräsidenten und die Innenminister der Länder auf ein gemeinsames Verfahren einigt. Dasselbe muß uns gelingen mit den Rektoren unserer Universitäten. Wir müssen hier

19 Heinrich Böll (1917–1985), Schriftsteller, 1972 Auszeichnung mit dem Literatur-Nobelpreis.

etwas tun. Sie merken ja allmählich auch, daß sie verloren sind, wenn sie sich nicht zusammenschließen.

Ich habe das bei den Osterunruhen ohne Legitimation getan. Ich habe damals den Innenminister veranlaßt, der war in Berlin, und ihm gesagt: Kommen Sie her, hier wird ein Arbeitsstab gebildet. Setzen Sie sich sofort mit den Innenministern der Länder in Verbindung. Die sollen sich adäquat besetzt halten – sonst wären nur Pfortner da gewesen über die Ostertage – und uns regelmäßig über die Lage berichten. Das haben sie auch alle treu und brav getan. Auf diese Weise hatte ich einen Überblick. Ich habe dann noch die Existenz des Bundesbeauftragten für die Bereitschaftspolizei entdeckt, den es eigentlich gar nicht geben durfte, der aber tatsächlich existiert, und konnte mich durch ihn wenigstens einigermaßen ins Bild setzen lassen, wie die Lage ist. So hatten wir also damals von hier aus die Situation ein bißchen unter Kontrolle.

Nun wird der Innenminister regelmäßig von den Ländern unterrichtet. Das ist bereits Tradition geworden. Wir werden also von hier aus versuchen, auf allen diesen Gebieten zu wirken. Ich habe ohnehin die Herren des Wissenschaftsrates und des Bildungsrates, der Westdeutschen Rektorenkonferenz usw. zu regelmäßigen Besprechungen hier. Ich werde dieses Thema mit ihnen behandeln, und ich hoffe, daß wir da zu einer gewissen Einigung kommen werden. In den Ländern müssen wir es zusätzlich machen. Was Herr Stoltenberg gesagt hat, ist richtig. Da macht ein sozialdemokratischer Innenminister das Richtige.²⁰ In diesem Falle war es richtig, was er getan hat, aber schon ist er ganz allein! Herr Filbinger, sein Ministerpräsident, hat ihn verteidigt, aber kein SPD-Mann hat auch nur den Mund aufgemacht, um ihn zu verteidigen. Ich habe im Kabinett gesagt: Macht nur so weiter und laßt eure Leute allein!

Denken Sie an die Feigheit der Professoren! Ich erzähle Ihnen folgendes Erlebnis. Ich sollte den Ehrendoktor der Maryland-Universität bekommen; eine harmlose Sache. Es ist eine Universität, die seit vielen Jahren mit Heidelberg eine Symbiose hat. Die Rektoren wagten es nicht, wie bisher üblich, die Aula anzubieten, weil sie nicht dafür – so wurde gesagt – garantieren könnten, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten würden. Die Landesregierung war eher dafür, daß man es macht, aber das war auch ein bißchen zögernd. Im Schloß ging es aus anderen Gründen nicht. Die Amerikaner haben sich dann entschieden, es draußen in ihrem Camp zu machen. Da kriege ich nun am Tage vor dieser Feier den Anruf von zwei Professoren, von denen ich immer angenommen hatte, daß sie uns nahestehen.²¹ Es handelt sich um zwei sehr geachtete Mitglieder der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg. Man sagte mir: Ich beschwöre Sie, Herr Bundeskanzler, gehen Sie morgen nicht dahin! – Ich erwiderte: Was, ich soll da

20 Gemeint ist Walter Krause. Vgl. Nr. 19 Anm. 58. – Vgl. Anm. 8.

21 Die Examensfeierlichkeiten der University of Maryland in Heidelberg und die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Kiesinger fanden am 2. Juni 1968 statt. Die Feier mußte, da die Aula der Universität nicht zur Verfügung stand und Studenten – die Feier fand am Jahrestag des Todes von Benno Ohnesorg statt – Proteste angekündigt hatten, in das Kasino des Hauptquartiers der US-Streitkräfte im Patrick-Henry-Village (amerikanische Siedlung in Heidelberg) verlegt werden. Vgl. ACDP 01-226-285, -306.

nicht hingehen! – Dann kam die Antwort: Ja, die Studenten sind da, Sie wissen ja gar nicht, was los ist. Diese werden die Gelegenheit benützen, um Sie als Amerikaner-Knecht usw. zu beschimpfen. – Ich habe meinen Ohren nicht getraut. (*Kohl*: Bei Carlo Schmid sind sie es gelehrt worden!) Nein, nein, keiner von denen war Schüler von Carlo Schmid. Ich will nur die Namen jetzt nicht nennen. Das ist das eine Bild.

In meinem Planungsstab, in dem soundso viel Professoren verschiedener deutscher Universitäten vertreten sind, sagte mir einer, ein verlässlicher Mann: Herr Bundeskanzler, nehmen Sie es mir ab, in meiner Universität stehen $\frac{2}{3}$ der Dozenten nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. – Ich sagte ihm, das ist aber ein starkes Wort. – Worauf er erwiderte: Eben deswegen sage ich es ja. – Das sind alles Dinge, die wir viel zu wenig sehen. Einerseits ist es die Aggressivität bestimmter Professoren, andererseits ist es die Feigheit der meisten. Und diese Feigheit reicht weit hinein in die Reihen der Staatsanwälte und der Richter. Wenn sich dann noch am Fernsehen diese Burschen hinstellen, diese Radikalinskis, und die Partei angreifen, wie es ja geschehen ist, dann wird die Sache noch schlimmer. Denken Sie an diesen Vortrag, den dieser schreckliche Gütt nach dem Attentat auf Dutschke gehalten hat. Das sind ganz schlimme Dinge. So ist eben unsere Wirklichkeit.

Deswegen sage ich, da steht der wirklich gefährliche Feind. Dieser Feind hat nun zum erstenmal Kampftruppen bekommen. Das ist auch in anderen Ländern ähnlich so. Wir können nur froh sein, daß unsere Arbeiter dafür noch nicht anfällig sind.

Was kann man tun? Kein Verbot! Weder nach der einen noch nach der anderen Seite. Das ist meine Überzeugung. Ich hatte den Kollegen Benda dazu ermutigt, dem Kabinett einen Bericht vorzulegen, und zwar seine Auffassung. Seine Auffassung ging zunächst – er hat auch gesehen, daß sich inzwischen die Dinge ein wenig gewandelt haben – auf ein Verbot. Das Ergebnis der Beratungen im Kabinett war: Das Material, das vorhanden ist, scheint uns nicht auszureichen. Es scheint auch vor allen Dingen nicht prozeßgerecht aufbereitet zu sein. – Deshalb hat er – wir wollten eine saubere Arbeit machen – den Auftrag bekommen, dies noch zu tun. Das hat auf alle Fälle Wert.

Insofern gilt natürlich die Damoklesschwert-Theorie. Das hat natürlich auch den Wert, daß diese Partei in den Punkten, wo es wirklich brenzlich ist, sich in acht nehmen wird. Das ist auch in der Wirkung auf das Ausland einiges wert. Ich stimme völlig denjenigen zu, die sagen, ein Verbot des SDS ist doch ein Schlag ins Wasser. Das ist ja eine völlig amorphe Masse. Die tun sich heute als SDS auf, und morgen machen sie es ganz anders. Die beherrschen den Guerilla-Krieg. Die wissen ganz genau, wie man so etwas zu machen hat.

Wichtig wäre für unsere Partei, daß wir ein paar Leute, die diese Dinge wirklich kennen, bitten würden, das ganze Phänomen im Auge zu behalten und von der Partei her die nötigen Vorschläge an unsere Freunde in den Ländern gelangen zu lassen. Das etwa ist die Lage, wie ich sie sehe. So werde ich sie auch im Kabinett vertreten. Ich habe den Eindruck, daß auch in der SPD keine große Entschiedenheit vorhanden ist. Es ist so, daß wir wahrscheinlich bei der nächsten Besprechung dazu kommen werden, zunächst

einmal das Material zur Kenntnis zu nehmen. Wie wir das dann in der Öffentlichkeit vertreten, das ist eine weitere Sache.

Fay: Ich bin völlig Ihrer Meinung, aber ich bin nicht sehr glücklich darüber, daß sich die Angelegenheit in bezug auf das Verbot im Prüfungsstadium befindet. Das hat folgende Konsequenzen. Ich kenne eine Gemeinde in Hessen, in der ist die SPD bereit, der DKP Versammlungsräume zu geben, weil dort weder ein Verbotsantrag in Erwägung gestellt sei, weil man dort erkennen könnte, daß die Bundesregierung aus irgendwelchen, vielleicht sogar außenpolitischen Gründen, es sogar für sympathisch halte, daß diese Partei existent sei; andererseits aber müsse man hart gegen die NPD vorgehen, weil darüber ein Verbotsantrag in Erwägung sei. Daraus ergebe sich die unterschiedliche Auffassung der Bundesregierung zu der einen und zu der anderen Seite. Es hat also die praktische Konsequenz, daß vor allem draußen beide verschieden behandelt werden, obwohl der Normalbürger die Auffassung hat: Im Grunde genommen sind sie beide vom Teufel. – Ich bin der Auffassung, man sollte beide nicht verbieten. Man sollte den SDS nicht verbieten; denn mit diesem Mittel kann man das Problem, das sich stellt, überhaupt nicht lösen. Dann muß man schon andere Wege gehen.

Ein zweites! Als Vorsitzender des Hauptausschusses im hessischen Landtag werde ich laufend vom Innenministerium über die Verhältnisse orientiert. Ich kann nicht feststellen, daß ein Verbotsantrag erfolgreich wäre in Karlsruhe. Meine Erkundigungen in Karlsruhe gehen dahin, daß er mit Sicherheit sogar abgelehnt würde. Geschähe das nach einem Verbotsverfahren, dann wären die Folgen katastrophal für das Ansehen dieser Bundesregierung. Man kann also nur davor warnen.

Ein drittes! Herr Bundeskanzler, Sie haben mit Recht die Mitgliedschaft der NPD analysiert. Ich glaube, Sie müssen auch noch ein anderes Element dabei betrachten. Es gibt Konservative in der NPD, und es gibt die Radikalinskis, die nach der NPD hin tendieren. Wird heute ein Verbotsantrag gestellt – leider Gottes befinden wir uns in der Situation so lange, als man sich über den Verbotsantrag Gedanken macht –, dann schweißen wir diese beiden Elemente zusammen. Ich stelle aus vielen Versammlungen der NPD fest, daß dort unerhörte Zerreißspannungen zwischen dem konservativen Element und dem anderen sind. Der Verbotsantrag schweißt sie aber zusammen. Der Nichtverbotsantrag würde sie auseinanderbringen. Er würde diesen Prozeß, daß die Partei kleiner wird, beschleunigen.

Ein vierter Punkt! Sie wissen, daß das Ausland – ich sage, in böswilliger Weise – die Dinge darstellt, um Deutschland zu schaden, wobei es dem Ausland völlig wurscht ist, ob es die NPD oder andere rechtsstehende Gruppen sind. Es sind für sie die alten Nazis. Wie setzen wir uns mit diesen Argumenten des Auslandes auseinander? Ich glaube, wir könnten auf der Seite der Sowjetunion nur Freunde gewinnen, wenn wir sie nicht verbieten; denn diesen Buhmann zu erhalten, ist für die Sowjetunion eine außerordentlich sympathische Sache. Ich könnte mir vorstellen, à la longue würde sie sogar mit einem Augenzwinkern sehr dankbar sein, daß wir ihnen diesen Buhmann aufrechterhalten.

Kiesinger: Ich habe ein halbes Dutzend amerikanischer Senatoren hier gehabt, mit denen ich auch dieses Problem besprochen habe. Ich habe ihnen klar gemacht, was das

ist. Wir kamen dann auf die Verbotsfrage zu sprechen. Das ist diesen Leuten völlig fremd. Ich sagte dann, uns gefällt natürlich nicht, eine politische Partei zu verbieten. Das ist der alleräußerste Fall. Da haben sämtliche anwesenden Senatoren gesagt: tut das nicht!

Ich stimme auch darin zu, ganz egal, was ist, ob wir in einer gespannten Währungssituation besser dastehen als andere, oder was es auch immer sonst sei, gewisse Kreise im Ausland werden das benutzen, um gegen uns zu wühlen. Weniger die Sowjetunion! Natürlich will die Sowjetunion, daß die NPD bleibt. Natürlich will sie, daß wir die Bundesversammlung in Berlin abhalten. Natürlich will sie das und das. Sie will den Buhmann behalten. Sie wäre schrecklich enttäuscht, wenn wir plötzlich sagten: Wir anerkennen das und das.

Ich möchte gern die Herren in Moskau sehen. Die würden doch auf den Rücken fallen, wenn ihnen plötzlich der Buhmann davon liefe. Es ist das westliche Ausland, es sind insbesondere die Vereinigten Staaten, wo es bestimmte Kräfte gibt, die immer wieder gegen uns hetzen, wenn man weiß, wieviel Herzfilme in den vergangenen Jahren tagaus, tagein, im amerikanischen Fernsehen gelaufen sind. Es ist jetzt erst besser geworden, weil das allmählich, auch durch die ständige Wiederholung, wirklich ausgeschöpft ist. Wir sind uns offenbar weitgehend einig.

Heck: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Insgesamt sind nur Meinungen geäußert worden in der Richtung, daß dringend abgeraten wird, einen Verbotsantrag zu stellen, wobei die Begründung verschieden ist. Ich darf das noch etwas unterstreichen. Wir hatten vor wenigen Tagen eine Landesgeschäftsführerkonferenz.²² Wir machen es immer so, daß wir die gerade anstehenden Fragen den Landesgeschäftsführern vortragen, um nicht nur ihre persönliche Meinung zu hören, sondern auch die Meinung der Landesverbände und auch, was die Bevölkerung in den Ländern denkt. In diesem einen Punkt gab es nur eine einzige Meinung, nämlich die, daß es falsch wäre, einen Antrag auf Verbot der NPD zu stellen. Es gab nur den dringenden Rat, den Antrag nicht zu stellen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Wir dürfen das nicht als einen Beschluß des Bundesvorstands auch nur fassen, geschweige denn veröffentlichen. Wir müssen das dem Kabinett überlassen. Ich bin auch der Meinung, daß es keinen Sinn hat, die Dinge lange hängenzulassen, sondern daß wir bald im Kabinett die Entscheidung fällen müssen. Das braucht natürlich immer eine gewisse Zeit. Ich bin nicht der Meinung, Freund Gradl, daß wir im letzten Jahr etwas versäumt hätten. Ich bin eher der Meinung, daß ein solches Verbot – wie gesagt worden ist – die eigentlichen Radikalen mit den Nationalen zusammengeschweißt hätte. Aber darüber kann man natürlich immer streiten. Ich bin ganz froh, daß wir uns einig sind in dieser Frage und werde das natürlich auch als Meinung des Bundesvorstands bei den kommenden Kabinettsberatungen miteinbeziehen.

Heck: Punkt 3 der Tagesordnung:

22 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz in ACDP 07–001–511/1.

KULTURPOLITISCHE ARBEIT DER BUNDESPARTEI

Wir haben das deswegen auf die Tagesordnung gesetzt, weil aus der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden²³ eine etwas eigentümliche Initiative ergriffen worden ist, nicht eigentümlich der Teil, der der Kooperation der Landtagsfraktion gilt, sondern eigentümlich die Konsequenz daraus, weil ja Kulturpolitik im großen und ganzen Sache der Länder sei, deshalb sei es falsch, wenn die Kulturpolitik in einem eigenen Ausschuß der Bundespartei behandelt würde. Es sind sogar Vorsitzende gebeten worden, mit der Nominierung ihrer Mitglieder für den Kulturpolitischen Ausschuß zu warten, bis diese Frage entschieden sei.

Das sollte künftighin im Rahmen und Bereich der Fraktionsvorsitzendenkonferenz veranstaltet werden. So wenigstens habe ich einen Brief von dem damals federführenden Vorsitzenden der Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Herrn Professor Ganzenmüller²⁴, erhalten. Ich muß in diesem Zusammenhang eine kurze Darstellung darüber geben, wie sich die Zusammenarbeit im Bereich der Kulturpolitik entwickelt hat. Wir haben vor fast einem Jahrzehnt ein Kulturpolitisches Büro in Bonn begründet, das wir ganz bewußt von der Bundesgeschäftsstelle abgesetzt haben; ein Büro, das finanziert worden ist in erster Linie durch Beiträge der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion, um diese Schwierigkeiten, die im Verhältnis Bund und Länder im Bereich der Kulturpolitik immer wieder auftreten, auszuklammern.²⁵ Es ist auf diese Weise auch zu einer, wie ich glaube, guten koordinierenden Arbeit gekommen. Das war im Grunde genommen immer das Gremium, in dem auch die Kulturpolitischen Kongresse vorbereitet worden sind. Wir haben dabei auch immer die CSU mit herangezogen.

Nun haben die Fraktionsvorsitzenden auf ihrer Konferenz beschlossen, dieses Kulturpolitische Büro aufzulösen, d. h. sie haben erklärt, sie würden das künftighin im Rahmen des Büros dieser Konferenz machen. Sie haben mitgeteilt, daß sie ab 1. Januar keine Beiträge mehr bezahlen würden. Wir haben das zur Kenntnis genommen, aber nicht in der Weise, daß damit die Koordinierungsarbeit aufhört, sondern wir bauen dieses Büro in die Bundesgeschäftsstelle ein. Dort wird die Arbeit in gleicher Weise weiter geleistet.

23 Im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz war am 7. Januar 1969 in Düsseldorf ein Sachverständigen-gremium zusammengetreten; eine Fortsetzung der Beratungen war für den 18./19. Januar 1969 in Deidesheim vorgesehen (UiD Nr. 1/69 vom 9. Januar 1969 S. 4).

24 Prof. Erich Ganzenmüller (1914–1983), Musiklehrer; Professor an der PH Schwäbisch Gmünd, 1960–1980 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1968–1972 Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1976–1980 Landtagspräsident. – Schreiben Ganzenmüllers an Kiesinger vom 21. November 1968 (ACDP 05–004–013/2), an Heck vom 12. Dezember 1968 (ACDP 07–004–450/1), vgl. zu diesem Komplex auch den Vermerk von Ludolf Herrmann an Heck vom 16. Januar 1968 (ACDP 07–001–025/1).

25 Errichtung eines kulturpolitischen Büros der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 28. Oktober 1959 (ACDP 07–001–1531). – Seit 1951 gab es in der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Abteilung Kulturpolitik, seit 1954 einen kulturpolitischen Ausschuß sowie einen wissenschaftlichen Beirat für Kulturpolitik der CDU.

Bis zu diesem Punkt möchte ich den Bundesvorstand in der Sache nur informieren und die Landesvorsitzenden, soweit sie hier sind, bitten, in ihrem Bereich doch bei den Fraktionsvorsitzenden etwas in Richtung der Ordnung, wie sie in den Statuten der Bundespartei gegeben ist, wirksam zu werden. Ich bin davon überzeugt, daß sich Herr Kohl zu Wort melden wird. Für den zweiten Teil glaube ich, daß es nützlich ist, daß der Bundesvorstand einen Auftrag erteilt. Wir haben, um den Kulturpolitischen Kongreß, der für Ende Februar vorgesehen ist,²⁶ vorzubereiten, eine Sitzung am kommenden Samstag/Sonntag in Deidesheim²⁷ – ich nehme an, daß wir vom Landesverband Rheinland-Pfalz entsprechend bewirtet werden – einberufen. Das ist eine Konferenz, in der die Fraktionsvorsitzenden mit ihren kulturpolitischen Experten der Bundestagsfraktion und der Kultusminister Vogel mit dem Kreise, mit dem er die Vorbereitung dieses Kongresses übernommen hat, beisammen sind, um in erster Linie ein Konzept einer neuen – ich mag das Wort „Reform“ nicht so oft in den Mund nehmen – Umorganisation unseres Erziehungs- und Bildungswesens zu beraten und einen entsprechenden Vorschlag für den Kulturpolitischen Kongreß und von dort aus für den Parteivorstand auszuarbeiten.

Die Sache hat auf die Wahlen hin ihre Bedeutung, weil das öffentliche Interesse an diesen Fragen groß geworden ist, auch das Interesse der Eltern, und im politischen Feld von den Sozialdemokraten etwas Hals über Kopf ein Schulkonzept vorgelegt worden ist²⁸, das eigentlich die Wirklichkeit sehr weit verfehlt, das keine Rücksicht darauf nimmt, daß so etwas Geld kostet. Wir sind insofern in einer guten Lage. Ich habe mit Herrn Vogel besprochen, daß wir auf diesem Kongreß etwa unter folgenden Gesichtspunkten die Dinge beraten: Für uns gibt es kein Dogma, das sagt, die Dreigliedrigkeit des Schulwesens ist etwas Unantastbares. Es gibt aber ebensowenig ein Dogma, das besagt, daß die Dreigliedrigkeit des Schulwesens Ausdruck einer Klassengesellschaft des vergangenen Jahrhunderts wäre.

Es gibt für uns auch keine Betrachtungsweise des Problems einer solchen neuen Organisation unter ideologischen Aspekten, also etwa nach dem Schlagwort „Demokratisierung“ oder nach dem Schlagwort „Gesamtschule“, sondern wir sind der Meinung, daß man hier fragen muß, was muß die Schule für die heutige heranwachsende Generation leisten, damit diese Generation a) das, was sie im Rahmen dieser modernen Industriegesellschaft leistungsmäßig zu erbringen hat, leisten kann, b) damit sie imstande ist, sich als Menschen in diesen Verhältnissen zurechtzufinden.

Wir sollten zweitens davon ausgehen, was ist, und nicht meinen, man könne so vorgehen, daß man alles das, was ist, für falsch erklärt, durchstreicht und nun Utopia in die Wirklichkeit umzusetzen versucht. Wir sollten sorgfältig prüfen, was ist vorhanden, wo

26 Der Kulturpolitische Kongreß der CDU/CSU fand vom 28. Februar bis 1. März 1969 in Bad Godesberg statt, vgl. ACDP Dokumentation 2/201/3–2–10.

27 Treffen der Kultur- und Bildungspolitiker der CDU und CSU am 18./19. Januar 1969, vgl. „Welt“ vom 8. Januar 1969; FAZ vom 9. Januar 1969.

28 Die SPD veröffentlichte am 8. Januar 1969 in Bonn ihr „Modell für ein demokratisches Bildungswesen“, vgl. FAZ vom 9. Januar 1969 „Die Bildung wird zum Wahlkampf-Thema“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. Januar 1969 „Die SPD präsentiert einen Bildungsplan“.

müssen Korrekturen angesetzt werden und wie können wir auf diese Weise ein Gesamtkonzept unseres Schulwesens entwerfen, das in der Tat den Bedürfnissen und Erfordernissen gerecht wird.

Ich muß nachher zum Fernsehen und über diese Bundesvorstandssitzung einiges sagen, nachdem die Sozialdemokraten mit ihrem Plan an die Öffentlichkeit getreten sind. Es wäre nützlich, wenn wir heute sagen könnten, der Bundesvorstand hat zunächst die Konferenz und dann diesen Kulturpolitischen Kongreß beauftragt, ein solches Konzept zu erarbeiten. Das und das sind die Gesichtspunkte, wie ich sie eben kurz dargelegt habe. Das wird sicher in der Presse aufgenommen werden und paßt insofern gut, weil wir dann am Sonntagabend schon einiges mehr über die Beratungsergebnisse sagen können und auf diese Weise recht gut vorbereiten können, was wir dann präzise endgültig auf dem Kulturpolitischen Kongreß zur Beschlußfassung vorlegen können.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, daß man dabei berücksichtigt, daß die Bevölkerung anders angesprochen werden muß als die Bildungsexperten. Das ist immer das alte Problem. Wenn wir ein sachlich gutes Programm ausarbeiten – dabei unterstütze ich Sie völlig, auch in den beiden Hauptsätzen, die Sie genannt haben –, dann müssen wir uns auch fragen, was erwartet das Volk von uns, die breiten Schichten des Volkes. Die wollen natürlich hören, daß jedes begabte Kind seine Bildungschance hat. Das muß auf alle Fälle gesagt werden.

Für die CDU ist es außerordentlich wichtig, daß die Menschen mit dem technischen Zeitalter – wie Sie es genannt haben – mitgehen und sich hier zurechtfinden. Es ist sicher einiges von der Unruhe zu spüren. Das muß man volkstümlich sagen. Dann ist es gut. Den Bildungsexperten gegenüber machen wir unsere Sache so, wie sie sie verstehen und hören müssen.

Kohl: Ich will zunächst einmal Bezug nehmen auf die Situation der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Der entscheidende Punkt, Herr Kollege Heck, ist der, daß die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen eine Einrichtung der CDU/CSU ist.

Das muß man sagen. Dort ergeben sich auch noch einmal personale Konstellationen, etwa in dem einen Fall: Kultusminister und Fraktionsvorsitzender in einer Person.²⁹ Es ergeben sich eine Reihe von Problemen im Personalbereich, die die Lage ganz ungewöhnlich erschweren. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß dieses Kulturpolitische Büro von Bonn wegkommt nach Düsseldorf, und zwar nicht ganz ohne den Hintergrund bestimmter politischer Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen; was zu verstehen ist.

Das muß man hier klar aussprechen. Das sind Dinge, die seit geraumer Zeit zu sehen sind. Dazu gehört weiter, daß eine sehr isolierte Tätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet – wie manch einer morgens mit Erstaunen in der Zeitung feststellen kann – in der Bundestagsfraktion zu verzeichnen war. Es ist mehr als einmal passiert, daß man morgens in der Zeitung lesen konnte, was die CDU über die Bundestagsfraktion im schulpoliti-

²⁹ Ludwig Huber war 1962–1972 CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag und 1964–1970 Staatsminister für Unterricht und Kultus.

schen Bereich an Plänen³⁰ – es ist nie mit den zuständigen Leuten darüber gesprochen worden – verkündet. Man konnte sich dann drei Stunden später im Landtag gegen Vorschläge, die man noch am Tage vorher abgelehnt hatte, nicht mehr zur Wehr setzen, weil sie von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gekommen waren.

Es gab einen weiteren Punkt, daß nicht wenige amtierende Kultusminister die Tätigkeit des Kollegen Stoltenberg mit außerordentlich großem Argwohn betrachtet haben, weil sie einen Teil ihres „Stuhlgewichtes“ sozusagen abwandern sahen. Ich mache kein Hehl daraus, Herr Kollege Stoltenberg ist dabei, daß auch von seiten dieses Ministeriums hinsichtlich der Kontakte zu den Ländern das eine oder andere mehr hätte erfolgen können. Die CDU war weitgehend abstinert. Das Ganze war, wenn Sie so wollen, ein typischer Abfluß für das Geschehen der CDU in der Bundesrepublik Deutschland, wo nun jeder durch das Dickicht seinen Pfad sucht, und zwar mit recht wenig Rücksicht darauf, was dem anderen, der sich vielleicht nebendran seinen Pfad bahnt, passiert.

Es sind noch andere Sachen hinzugekommen, die ganz unterschiedlicher Struktur sind. Denken Sie nur an die Konkordatsfragen in den letzten Monaten.³¹ Das war ein Punkt, der hat auf 5 km Entfernung völlig verschiedene Reaktionen in den einzelnen Ländern ausgelöst. Das muß man alles als Hintergrund sehen. Ich bin der Auffassung – und das, Herr Kollege Heck, ist in keiner Fraktionsvorsitzendenkonferenz beschlossen worden; ich werde morgen den Herrn Ganzenmüller darauf ansprechen –, daß diese Sache integriert werden muß bei der Bundespartei für die CDU, für die CSU, für die Länderfraktionen, für die Bundestagsfraktion, für die Kultusminister und für den Bereich des Kollegen Stoltenberg. Jeder muß dabei sein und die faire Chance haben, seine Meinung vorzutragen. Man muß auch ganz offen sagen, ich hätte auch dem einen oder anderen Landesvorsitzenden eigentlich schon zugetraut, daß der sich mehr um die Landtagsfraktion kümmert. Es war eine ganz sonderbare Situation, daß die Landesvorsitzenden in diesen Dingen Beschlüsse gefaßt und Hinweise gegeben haben, und dann sind die Herren heimgegangen, und die Fraktionsvorsitzenden des gleichen Bereiches haben genau das Gegenteil beschlossen und verkündet. Offensichtlich hat da nie der eine mit dem anderen gesprochen. Vielleicht konnte er nicht sprechen. Ich habe jedenfalls hier die obskursten Erfahrungen in diesem Zusammenhang gemacht.

Ich bin der Meinung, daß das jetzt vorgeschlagene Konzept sehr vernünftig ist. Daß dabei auch die Personalstruktur des Kulturpolitischen Ausschusses der Bundespartei etwas verjüngt wird, ist auch nicht gerade ein Schaden. Es hat natürlich keinen Sinn, Herr

30 Bezug unklar. – Der „Entwurf eines Gesamtplans für das Schul- und Hochschulwesen des Arbeitskreises VI (Wissenschaft und Publizistik) der CDU/CSU-Fraktion“ vom 16. August 1968 war mit dem Experten der Landtagsfraktionen der Union abgestimmt (Text in ACDP Dokumentation AO Berthold Martin).

31 Anspielung auf die Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche wegen der Umwandlung von konfessionellen Volksschulen in christliche Gemeinschaftsschulen. Der Vatikan sah darin eine Verletzung des Reichskonkordats von 1933 (vgl. dpa: Hintergrund. Archiv und Informationsmaterial vom 30. November 1966). – Der Freistaat Bayern hatte am 8. Oktober 1968 Änderungsverträge zum Konkordat von 1924 und zum Vertrag mit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche unterzeichnet („Süddeutsche Zeitung“ vom 8. Oktober 1968).

Kollege Heck, daß ein solches Gremium im wesentlichen bestimmt wird von hochachtbaren Persönlichkeiten, die aber mit Argusaugen auf ihre Amtsnachfolger in bestimmten Ämtern gucken, die also vieles unter diesem Gesichtspunkt messen und nicht nach dem, was sachlich zur Zeit zu erörtern ist.

Es wäre auch ein wichtiger Punkt, daß die CDU-Ministerpräsidenten und CDU-Kultusminister zu einer größeren Integration gebracht werden, daß die Vorbesprechungen auf der Ebene der Kultusministerkonferenz für die CDU-Leute intensiviert werden. Wenn ich CDU sage, dann meine ich immer automatisch auch die CSU. Es hat doch keinen Sinn, daß wir uns hier auseinanderlaborieren. Was jetzt passiert ist an scharfen Auseinandersetzungen nach dem Berliner Parteitag wegen dieses einen Beschlusses in der Bundeskultusministerkonferenz³², ist ein weiterer Hinweis darauf. Das hat dazu geführt, daß die Verhältnisse teilweise so waren, daß, wie bei kriegführenden Mächten, kurz vor einem Friedensschluß die Emissäre hin und her eilten, um überhaupt die Leute an einen Tisch zu bringen. Das Ganze ist ein schauerhaftes Beispiel von Desorganisation gewesen. Ich bin ganz sicher, wenn wir in diesen Punkten nicht schnell eine Änderung schaffen, werden andere die politische Mehrheit erlangen. Und die werden dann sehr rasch eine Änderung herbeiführen. Das muß man ganz nüchtern aussprechen.

Ich halte dafür, daß das jetzt vorgelegte Konzept richtig ist. Ich bin allerdings der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß die ganze Autorität des Bundesvorstands der Partei jetzt hier dahintertreten müßte, auch wenn es dem einen oder anderen nicht gefällt, und daß auch die Herren, die jetzt Beschlüsse mit gefaßt haben, dies zu Hause auch vertreten müssen. Es darf nicht plötzlich über Nacht einer unserer Freunde aus dem Bundesvorstand ein neues schulpolitisches Konzept, das mehr im norddeutschen Raum beheimatet ist, vorlegen. Wir müssen uns schon dazu durchringen, unter einer Fahne zu marschieren. Wir müssen uns vorher gemeinsam auseinandersetzen. Der Bundesvorstand muß das natürlich insgesamt unterstützen. Es darf nicht auf einigen wenigen Herren hängenbleiben. Dies gilt auch ausdrücklich für die zuständigen Kollegen aus der Bundestagsfraktion, die am gleichen Strick ziehen müssen.

Kiesinger: Herr Heck muß um 5.00 Uhr weg. Ich lege aber Wert darauf, daß wir noch die Punkte 4 und 5 behandeln.

Meyers: Ich möchte Herrn Heck sagen, Sie müssen insbesondere beim Fernsehen scharf darauf hinweisen, daß wir nicht in den Fehler der alten Zentrumspartei verfallen, daß wir nämlich Kulturpolitik mit Schulpolitik leisten. Wir sollten zweitens zunächst den großen Rahmen abstecken und sagen, jetzt nehmen wir ein besonders dringliches Kapitel heraus, um das vorweg zu behandeln. Wir geraten immer mehr in die Gefahr, daß wir bei den sonstigen kulturpolitischen Belangen als rückständig angesehen werden.

Heck: Ich bitte um Nachsicht, daß ich um 5.00 Uhr weg muß. Noch bevor diese Sitzung festgelegt worden ist, hatte ich mein Einverständnis erklärt, in meinem Namen zur

32 Die Kultusministerkonferenz lehnte die Schaffung eines Bundesbildungsministeriums, wie auf dem Berliner CDU-Parteitag beschlossen, ab. Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 13. November 1968 „Einig nur im Beharren auf Kompetenz“.

Feier eines 60. Geburtstags einzuladen. Deswegen muß ich wenigstens eine Viertelstunde dabei sein.

BERUFUNG EINER MITBESTIMMUNGSKOMMISSION ENTSPRECHEND DEM BESCHLUSS DES BUNDESPARTEITAGS

Zum Punkt 4 der Tagesordnung: Berufung einer Mitbestimmungskommission entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitags schlägt das Präsidium vor, daß wir, um den Auftrag des Parteitags durchzuführen, ein kleines Gremium bilden sollten, das die Probleme der Mitbestimmung soweit berät, daß wir mit einem klaren Konzept in den Wahlkampf gehen können.

Das Präsidium schlägt vor, daß wir von den beiden Seiten je zwei Persönlichkeiten nehmen sollten, und zwar aus dem Bereich der Wirtschaft den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates, Herrn Dr. Schäfer, und aus dem Bereich der Mittelständler den Herrn Lampersbach. Das Präsidium schlägt vor, aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft die Kollegen Katzer und Sabel³³ zu wählen. Ich bin allerdings beauftragt worden, mit dem Kollegen Katzer noch darüber zu sprechen, wie die Sozialausschüsse zu diesem Vorschlag stünden. Der Kollege Katzer hat mit Nachdruck darum gebeten, wir sollten, schon um der Kommission auch in seinem Bereich ein größeres Durchsetzungsvermögen zu verleihen, anstelle von Herrn Sabel – gegen den er sonst keinerlei Einwendungen hat – den Kollegen Russe nehmen. Wir haben darüber im Präsidium noch einmal kurz gesprochen. Ich hatte den Eindruck, daß das Präsidium durchaus geneigt ist, seinen eigenen Vorschlag auf diese Intervention von Herrn Katzer hin so zu modifizieren.

Es wurde weiterhin im Präsidium einem Wunsch meinerseits, den ich aufgrund meiner Erfahrungen vorgetragen habe, entsprochen, daß ich in dieser Kommission den Vorsitz selber übernehme. Ich wäre dankbar, wenn der Bundesvorstand diese Kommission so beschlösse, wie sie vom Präsidium vorgeschlagen wird.

Fay: Darf man einmal hören, warum Herr Katzer nicht den Sabel, sondern den Russe will. Ich muß hier ein Wort zugunsten meines älteren Parteifreundes Sabel sagen. Er gehört zu den Leuten, die sehr viel Zeit haben und die sich der Sache mit Intensität widmen können. Ich weiß nicht, ob das bei Herrn Russe der Fall ist.

Heck: Herr Fay! Genau das war unsere Überlegung, den Herrn Sabel vorzuschlagen. Der Herr Katzer sagt, der Herr Russe hat ein kräftigeres Gewicht, insbesondere wenn es darum geht, den Kompromiß, den wir ja wiederum zustande bringen müssen, bei den Sozialausschüssen durchzusetzen. (*Kiesinger:* Und in der Fraktion nicht zu vergessen!)

Kraske: Es kommt noch hinzu, daß auf der anderen Seite Herr Schäfer Vorsitzender des Wirtschaftsrats und Herr Lampersbach der Geschäftsführende Vorsitzende in der Mittelstandsvereinigung ist, also beides Leute, die in den entsprechenden Vereinigungen

33 Anton Sabel (1902–1983), Schreiner; 1926–1933 Bezirks- und Landesjugendleiter der Christlichen Gewerkschaften in Hessen, 1949–1957 MdB (CDU), 1957–1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

gen ein führendes Amt haben, und deswegen auch die Sozialausschüsse mit zwei Vorstandsmitgliedern hier vertreten sein wollen.

Kiesinger: Können wir damit einverstanden sein? (*Zustimmung.*) – Gut!

Heck: Punkt 5 der Tagesordnung:

AKTIVITÄT IM VORWAHLKAMPF

Darf ich zunächst von mir aus lediglich einen kurzen Überblick über die Lage geben, wie wir sie sehen. Herr Kraske kann dann den zweiten Teil übernehmen. Zunächst muß man bedenken, daß in der öffentlichen Meinung im Verhältnis zwischen Staat, Politik und Parteien von 1945 bis heute sich merkliche Wandlungen vollzogen haben. Die Union ist eben heute als Gesinnungspartei nicht mehr so erfolgreich, wie sie es in den Gründerjahren war. Die Union ist als Gesinnungspartei entstanden. Wenn sie diese Gesinnungspartei nicht gewesen wäre und wenn sie es nicht bliebe, dann würde ihr die Integrationskraft fehlen, die sie braucht, um eine Volkspartei zu sein.

Wir haben uns dann bei den Wahlen im Jahre 1953 zur absoluten Mehrheit nicht als Gesinnungspartei, sondern als erfolgreiche Volkspartei durchgesetzt; d. h., weil diese Partei sich als eine leistungsfähige Partei erwiesen hat. Ich brauche nur die Namen zu nennen, mit denen sich diese Leistung insbesondere verbindet: Adenauer und Erhard; dazu hatten wir aber auch neben Adenauer und Erhard eine Reihe von vom Volke hoch respektierter Persönlichkeiten in der Repräsentanz der Bundesregierung anzubieten.

Man wird davon ausgehen müssen, daß die Union für sich Gesinnungspartei sein muß, weil sie das einfach als Integrationskraft braucht, daß aber, um Erfolg bei den Wahlen in Richtung klare Mehrheit zu haben, diese Partei doch eine recht mobile Leistungsfähigkeit beweisen muß. Ich glaube, daß diese Änderung der Union auf dem Parteitag in Berlin bei der Beratung des Aktionsprogramms der Öffentlichkeit und speziell auch denen, die über Parteien schreiben, doch einigermaßen ins Bewußtsein gekommen ist. Mit der Regierungsverantwortung hat einfach ein Prozeß der Versachlichung und auch der Endideologisierung in einem gewissen Sinne eingesetzt.

Über die SPD brauche ich hier nichts zu sagen. Das ist bekannt. Ich nenne Bad Godesberg. Daß die FDP heute viel weniger noch eine eigene Plattform als liberale Partei haben kann, als das noch im Jahre 1945 der Fall war, ergibt sich einfach aus der Entwicklung, die die CDU und die SPD genommen haben. Über die NPD kann ich mir Ausführungen schenken. Wir haben im Zusammenhang mit dem Problem des Verbotsantrages schon darüber gesprochen.

Nun haben wir eine etwas andere Untersuchung durchgeführt, als das bisher üblich war, über das Bild der Parteien beim Volk, indem wir etwas von der Oberfläche abgegangen sind und versucht haben, einmal festzustellen, was ist eigentlich das Bedürfnis des Volkes, wie wünscht sich das Volk die Parteien. Dabei ergibt sich, daß sich die Wählerschaft im großen und ganzen lediglich in zwei Gruppen aufspaltet. Bei der einen Gruppe dominiert ganz klar das Bedürfnis nach Sicherheit, und zwar in einem doppelten Sinn; einmal im Sinne einer allgemeinen Zuverlässigkeit, wobei diese allgemeine

Zuverlässigkeit begründet sein muß durch Vertrauenswürdigkeit, Verlässlichkeit, Verwurzelung, sittlich, moralisch, religiös, Tradition, Geschichte, Erfahrungen, Stehvermögen, Bewährung usw. Das ist an sich ein Knäuel von Motiven, das hier sichtbar wird. Aber es wird dieses Bedürfnis nach Sicherheit nicht nur in dieser allgemeinen Weise mehr befriedet, sondern – und das stimmt mit dem überein, was ich vorhin sagte – dieses Bedürfnis nach Sicherheit will auch gesichert sein im Blick auf die Zukunft; d. h., es gehört zu diesem Bedürfnis und zu dem Bild einer Partei, daß sie sich in der Lage erweise, in dieser sich schnell wandelnden Zeit auch entsprechend umzustellen und anzupassen. Es wird also eine mobile Leistungsfähigkeit dazu erwartet.

Bei der anderen Gruppe ist es anders. Da steht im Vordergrund: Eine Partei muß fortschrittlich sein, und zwar in dem Sinne, daß man eigentlich von dieser Partei weniger erwartet, daß sie in der Vergangenheit, im Überkommenen groß beheimatet ist; im Gegenteil, man glaubt sogar, das sei eher im Wege. Man konzipiert an sich das Moderne, das Fortschrittliche, mehr von einem Bild der Zukunft her. Das sind die Parteien, die das Jahr 2000 meistern müssen, nicht die Jahre 1969 bis 1973. Nun ist die Unterscheidung nicht so, daß die einen ganz so geprägt wären und die anderen ganz anders. Man kann nur sagen, daß das, was ich jetzt als unterscheidend gesagt habe, bei der einen wie bei der anderen Gruppe dominierend sich auswirkt. Im übrigen sind die Motive durchaus verwischt.

Wir haben bereits im Jahre 1967 eine Umfrage durchgeführt, die 1968 wiederholt worden ist, um einen Überblick darüber zu bekommen, welche Entwicklung die öffentliche Meinung von 1967 bis 1968 genommen hat. Hier läßt sich eines feststellen – der Herr Bundeskanzler hat schon darauf hingewiesen –, daß wir im krassen Gegensatz zum Jahre 1967 im Jahre 1968 ein ganz außergewöhnliches Maß an allgemeiner Zufriedenheit erreicht haben. Die Bevölkerung schaute in der Tat seit 1949 bis heute nur ein- oder zweimal so außergewöhnlich optimistisch und zuversichtlich in die Zukunft. Dabei steht im Vordergrund nicht etwa die Außenpolitik, sondern die Wirtschaftspolitik, und hier die Preise. Das ist für uns ein besonders schwieriges Problem, weil die Gefahr besteht, daß das in erster Linie mit Herrn Schiller verbunden wird, und Herr Schiller immer mehr mit der SPD identifiziert wird, im Gegensatz zu früher.

Die vordringlichen Wünsche richten sich darüber hinaus natürlich auf den Frieden. Hier ist die Regierung Kiesinger in einer guten Lage. Vielleicht ist das sogar auch die Folge dieser Regierung, weil die Regierungserklärung, wenn ich mich recht erinnere, mit dem Satz begonnen hat: Das erste Wort dieser Regierung ist der Friede.

Es ist interessant, daß dort, wo Sicherheit erwartet wird durch die Lösung sozialer Probleme, eigentlich nicht die traditionellen sozialen Probleme im Vordergrund stehen, sondern schon die neueren: Das Problem Gesundheit, das Problem alte Leute, das Problem Erziehungs- und Bildungswesen. Dann gibt es zwei Sonderprobleme, die wir nicht übersehen dürfen. Das eine ist die Bekämpfung des Verbrechertums, also Schutz gegen die Kriminalität, und zweitens – ein interessantes Phänomen –, nachdem über eine gewisse Zeit der soziale Wohnungsbau in den Hintergrund getreten ist, tritt nunmehr die Förderung des Wohnungsbaues in der letzten Zeit wieder ziemlich stark in den Vor-

dergrund. (*Kiesinger*: Genau das Gegenteil! – *Starke Unruhe*.) Nicht des sozialen Wohnungsbaues, sondern des Wohnungsbaues. Die Ansprüche an das Wohnen sind gestiegen. Es gibt eine parallele Erscheinung in den Vereinigten Staaten, wo der Trend aus den Großstädten heraus in die Vorstädte geht, also das bessere Wohnen eine wichtige Rolle spielt. Wir haben uns diesen Punkt vorgemerkt, um ihn separat noch zu untersuchen.

Etwas, was für die Partei von besonderer Bedeutung ist, ist das Verhältnis der Wählerschaft zur Regierung der Großen Koalition, weil dieses Verhältnis der Wählerschaft im klaren Gegensatz steht einmal zum Verhältnis der CDU und noch besonders im Gegensatz steht zu den Auffassungen der Führungskreise der CDU. (*Kiesinger*: Der Kanzler ausgenommen! – *Kohl*: Der ist auch kein Kreis. Herr Heck hat von Führungskreisen gesprochen!) 1968 gaben 61% der Befragten an, die Große Koalition habe sich bewährt. Das haben 1967 nur 46% gesagt. 15% glaubten im Jahre 1967 noch, daß sich die Große Koalition bewähren müsse. Hier ist wiederum wichtig: Am positivsten werden die Leistungen der gegenwärtigen Regierung von den CDU-Anhängern eingeschätzt, nämlich mit 82%. (*Kiesinger*: Gegenüber 63% der SPD.) 41% wollen die Große Koalition nur bis zum Ende dieser Legislaturperiode. 15% möchten sie weitere vier Jahre und 24% möchten sie so lange wie möglich fortsetzen. Hier sind es wiederum die CDU-Anhänger, die mit 45% am häufigsten eine Fortsetzung der Großen Koalition über die nächste Wahl hinaus wünschen, im Vergleich zu 41% der SPD-Anhänger und 26% der FDP-Anhänger.

Etwas Weiteres, was wichtig ist! 32% der Bevölkerung verbinden mit dem Begriff „Regierung“ vor allen Dingen das Bild des Bundeskanzlers. 60% – das ist ganz bemerkenswert – sehen dagegen Kiesinger und Brandt gemeinsam. Das ist einfach die Folge der systematischen Kampagne der SPD, die von den Journalisten aufgegriffen wurde, nämlich nur noch von der Regierung Kiesinger-Brandt zu sprechen. 54% halten Kiesinger als Kanzler für besser geeignet, 19% sähen lieber Brandt in diesem Amt. Dabei beträgt dieses Verhältnis bei der CDU 81:4, bei den SPD-Anhängern – das ist interessant – immerhin noch 30:40, also 30% der SPD-Anhänger sind der Meinung, daß der Vorsitzende der CDU doch der bessere Bundeskanzler ist im Vergleich zu ihrem eigenen Vorsitzenden. Die Parteipräferenzen – die Umfrage datiert vom Oktober 1968 – ergab für die CDU 38%, für die SPD 35%. (*Kiesinger*: Das ist aber nicht umgerechnet!) Das ist nicht umgerechnet! 51% – das ist wiederum interessant – der Bevölkerung trauen der CDU die Fähigkeit zu, in Bonn allein zu regieren, dagegen nur 28% der SPD.

Es wäre hier noch vieles zu sagen. Wir werden den Mitgliedern des Bundesvorstands eine genaue Auswertung dieser Umfragen noch schriftlich zustellen.³⁴ Ich wollte das hier einfach deswegen sagen, damit wir wissen, wie wir den Wahlkampf zu führen haben. Ich glaube, daß es in der Tat falsch wäre, etwa auf die Wahlen hin mit dem Begriff „absolute Mehrheit“ zu operieren, weil dieser Begriff sofort eine negative Assoziation auslöst. Wir sollten uns auf die Formulierung einigen: Wir kämpfen bei den Wah-

34 Die Auswertung wurde am 14. Februar 1968 verschickt (ACDP 07–001–104/2).

len um eine klare Mehrheit. – Hierunter kann man sich einiges vorstellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß hier die Partei, speziell die Führungskreise der Partei, ohne den Bundeskanzler und vielleicht ohne diesen oder jenen im Gegensatz steht zur Meinung der Wählerschaft. Ich glaube, das müssen wir auf alle Fälle bei der Art und Weise und den Formulierungen des Wahlkampfes entsprechend berücksichtigen.

Ich möchte noch einige Daten der Auswertung sagen. Ich sage nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, daß wir wesentlich kräftiger von den Frauen gewählt werden als von den Männern. Ich nenne jetzt die Reihenfolge:

CDU		SPD	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
32%	43%	40%	30%
Evangelische Konfession		Evangelische Konfession	
31%		41%	
Katholische Konfession		Katholische Konfession	
49%		27%	

Eine interessante Unterscheidung ist folgende:

Gewerkschaftlich Organisierte und ihre Angehörigen	29% CDU	50% SPD
Nicht gewerkschaftlich Organisierte	43% CDU	28% SPD
Ortschaften unter 2.000 Einwohner	44% CDU	27% SPD
Städte über 500.000 Einwohner	30% CDU	44% SPD

Eine interessante Änderung hat sich vollzogen bei der Intensität, mit der die Anhängerschaft der Wähler zu einer Partei steht. Früher hatte die SPD einen höheren Anteil von sogenannten Stammwählern, d. h. einen höheren Prozentsatz stabiler Wählerschaft. Das hat sich geändert. Die Wählerschaft der SPD ist labiler geworden. Heute ist es so, daß 60% der die Sympathien zur CDU zum Ausdruck bringenden Wähler dies uneingeschränkt und ohne Vorbehalte tun; bei der SPD sind es lediglich noch 55%. Das war früher umgekehrt. Kritisch distanziert sind bei uns 38%, bei der SPD 45%.

Ich habe die Zahlen eigentlich nur genannt, um darauf hinzuweisen, welches unsere kritischen Bereiche sind. Das sind einmal die Arbeiterschaft, und hier nach unserer Umfrage in erster Linie die Facharbeiterschaft, zweitens die Großstädte, drittens die 35- bis 50jährigen. Aus diesen Altersgruppen rekrutiert sich die SPD weit überproportional. Hier sei mir eine Anmerkung gestattet. Hinsichtlich der Länder ist die Situation am kritischsten in Nordrhein-Westfalen. Ich muß darauf hinweisen, wenn die Partei im Rheinland und in Westfalen, insbesondere hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit nicht Tritt

faßt, dann kann die Bundestagswahl von Nordrhein-Westfalen aus ernsthaft gefährdet werden. Hier handelt es sich nicht nur um Vorgänge aus der jüngeren Zeit. Die Rheinische Partei ist seit vielen Jahren völlig außer Tritt geraten. Das hat nachhaltig begonnen mit den verlorenen Landtagswahlen 1966. (*Röder*: Auch die Ergebnisse der anderen Länder! – *Starke Unruhe*.)

Kiesinger: Die Sache ist deswegen schwierig, weil diese Ergebnisse vermutlich aus einer allgemeinen Umfrage in der Bundesrepublik herausgenommen worden sind. Dabei ist immer ein reduzierter Personenkreis gefragt, der kein wirklich echtes Urteil abgibt. (*Anhaltende Unruhe*.)

Heck: Aus diesen Überlegungen und Ergebnissen der Untersuchungen sind zwingend einige Konsequenzen für den Wahlkampf abzuleiten. Die erste Konsequenz ist ganz klar die, daß die CDU nicht mit einer Troika oder einer Mannschaft in den Wahlkampf zieht, sondern mit dem Bundeskanzler als dem Kanzlerkandidaten. Weil das so ist – das bitte ich, mir nachzusehen –, muß die Parteiführung, und dazu rechne ich in erster Linie den Bundesvorstand, mit Nachdruck darauf hinwirken, daß man dieser Miesepeterei gegenüber dem Bundeskanzler, die fast mit einer gewissen Lust betrieben wird, energisch entgegentritt. Es ist klar, das war zu allen Zeiten so: Ein Bundeskanzler und jeder Mensch wird in seiner Art da oder dort Ärgernis erregen. Aber man darf nicht jede Verärgerung aus dem Augenblick heraus zum Maßstab seiner Meinung machen, vor allen Dingen nicht der Meinung, die man geflissentlich den Journalisten wiederum mitteilt. Ich halte das für eine außerordentlich wichtige Sache.

Das zweite ist, wir müssen ganz klar zu einer Gesamtverantwortung der Arbeit der Großen Koalition stehen. Die SPD hat heute einiges hinzulernt. (*Kiesinger*: Leider!) Das muß ich auch sagen! Die sind nicht mehr der Meinung, daß es richtig wäre für sie, die sozialdemokratischen Leistungen nun groß in den Vordergrund zu stellen, sondern die neuesten Töne lauten: Jawohl, wir haben das zusammen erarbeitet. Wir werden auf alle Fälle – unabhängig von der SPD – daran festhalten: Was diese Regierung geleistet hat, konnte nur geleistet werden durch beide Parteien zusammen. Kein Ressort konnte für sich etwas leisten. Es mußte immer von der anderen Partei mitgetragen werden, d. h. natürlich auch, daß wir mit zu dem stehen, was Sozialdemokraten gemacht haben und nicht übermäßig viel Sympathien ausgelöst hat. Also, hier muß man das Konzept ziemlich konsequent durchziehen.

Wir sollten uns auch mit der Absicht der SPD, uns in der Öffentlichkeit anzuschwärzen als die Partei, die eigentlich in den Regierungen vor der Regierung der Großen Koalition versagt hat, und daß sie als die Retter des Staates aufgetreten sind, nicht allzuviel herumschlagen, sondern diese Polemik knapp und deutlich zurückweisen und in diesem Zusammenhang das ein bißchen auf die FDP umblenden, weil die Sozialdemokraten das Angebot der FDP – das die FDP gemacht hat, ehe bei uns überhaupt abgeschlossen worden ist, wo wir immerhin mit der SPD noch einige harte Forderungen im Raum hatten – kurzweg abgelehnt haben. Sie haben offensichtlich keine Möglichkeit gesehen, mit dieser FDP, wie sie sich damals präsentierte, zu regieren.

Daß wir bei diesem Wahlkampf nicht etwa sagen: Wir wollen ein Ergebnis haben, damit wir die Große Koalition festsetzen können, versteht sich von selbst. Ich empfehle noch einmal den Begriff: Wir kämpfen um eine klare Mehrheit. Für diese klare Mehrheit können wir am glaubwürdigsten dadurch werden, daß wir ein hieb- und stichfestes, auch von der finanziellen Seite her, geprüftes Programm für die nächsten vier Jahre als Wahlkampfplattform vertreten. Diese Plattform muß erarbeitet werden. Die Arbeit ist im Gang. Ich habe schon eine Reihe von Besprechungen geführt. Aber wir sind noch nicht soweit, daß wir es heute vortragen können. Ich habe die Absicht, Herr Bundeskanzler, wenn das Konzept soweit fertig ist, daß wir es durchsprechen und im Präsidium beraten und dann sorgfältig im Bundesvorstand behandeln.

Ich habe es übernommen, soweit hier zu berichten über den Stand der werbetechnischen Vorbereitungen und über einige Vorbereitungen anderer Art. Über die anderen Punkte kann dann Herr Kraske gleich sprechen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Ergänzungen dazu machen. Ich muß noch einmal die Hoffnung aussprechen, daß ich in diesem Kreise nicht mißverstanden werde. Welche Koalition wir nach 1969 machen werden, hängt vom Wahlergebnis ab. Ich will dazu weiter gar nichts sagen. Ich halte auch die Formel, die Dr. Heck vorgeschlagen hat, nämlich klare Mehrheit, für klar genug, um einerseits unseren kämpferischen Willen zum Ausdruck zu bringen, andererseits nicht die Torheit zu begehen, die absolute Mehrheit als unser Ziel zu erklären; denn wenn wir sie nicht erreichten, müßten wir uns vielleicht sagen lassen, der Wahlkampf sei verloren.

Was auf dem Berliner Parteitag in ganz merkwürdiger Weise zum Ausdruck gekommen ist, das ist die Diskrepanz zwischen unseren – Dr. Heck sagte es schon – Führungskreis und den Aktivisten in der Organisation der Partei, sei es da, sei es dort, die, unterstützt von einer großen Zahl unserer Wähler, ihre Unlust gegenüber der Großen Koalition bekundeten, also eine Unlust vieler unserer Wähler. Ich sage bewußt, nicht der Meinung des Volkes; denn das Volk steht zu dieser Regierung und Koalition. Das Erstaunliche dabei ist doch, daß es noch im Oktober³⁵ – das war der höchste Prozentsatz – 90% der CDU-Wähler waren, die sagten: Die Arbeit der Regierung Kiesinger ist sehr gut. – Das sind die CDU-Wähler, während die SPD-Wähler sich nur zu 63% zu diesem Urteil durchringen konnten. Das ist also nicht von ungefähr. Ich weise darauf hin, daß die Meinungslosen – das ist eine ganz wichtige Feststellung, denn sonst sind es 27% und mehr – nur 7% sind. Für ausgesprochen schlecht – auch das ist wichtig, und das bleibt durch die Bank gleich – halten nur 2% oder 3% die Arbeit dieser Regierung. Kritisch eingestellt sind 23%. Da heißt es: Nicht so gut. – Mit anderen Worten, da gibt es Leute, die ein bißchen auszusetzen haben. Darunter sind z. B. 23% Landwirte. Es sind aber auch 7% Landwirte, die diese Arbeit für ausgesprochen schlecht erklären. Diese 7% entsprechen merkwürdigerweise den 8%, die sich zur NPD bekennen. Im übrigen

³⁵ Im Oktober 1968 waren 63 % der Bevölkerung mit der Politik Kiesingers einverstanden (ACDP 01–226–401); in der direkten Konfrontation Kiesinger/Brandt als alternative Kanzlerkandidaten hielten die CDU/CSU-Anhänger Kiesinger zu 81 % für geeigneter (Institut für Motivforschung vom September/Oktober 1968 in ACDP 07–003–13/2).

ist es auch ganz interessant festzustellen, daß 55% der FDP-Wähler die Arbeit dieser Regierung für gut erklären. Das ist die eine Sache.

Das andere ist das Ergebnis auf die Frage: Sind Sie zufrieden, daß es eine solche Koalition gibt, oder würden Sie lieber eine andere Zusammensetzung haben? – Ich darf hier das ergänzen, was Dr. Heck aus seiner Quelle gesagt hat. Von der SPD sind es 59%, von der CDU sind es 75%. Dann kommt die Frage: Lieber eine Regierung FDP-SPD, also eine Mini-Koalition? – Hier wollen 18% der SPD-Wähler lieber eine Mini-Koalition. Bei der Frage: Lieber eine Regierung CDU/CSU und FDP? – entscheiden sich 1% der SPD-Wähler und 9% der CDU-Wähler dafür. Ich bitte Sie, sich diesen Prozentsatz zu merken.

Das ist die augenblickliche Stimmung. Sie bezieht sich aber nach meiner Meinung auf die gegenwärtige Legislaturperiode und hat nichts zu bedeuten für das – darüber hat Herr Dr. Heck einige Zahlen genannt –, was sich die Leute für später vorstellen. Ich habe das Gefühl aus anderen Ergebnissen, daß die Leute ganz gesund denken und daß sie sagen, man muß halt mal sehen, eine ewige Große Koalition – ein Wort, das man anfangs auch gesagt hat – darf es nicht geben. Das ist also eine ganz wichtige Sache. Was heißt das also? Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen, d. h., die CDU soll sich diese Riesenchance nicht selber verderben, sie soll ihre Wählerschaft nicht mißmutig machen. Der Berliner Parteitag – ich habe mit Frau Noelle-Neumann darüber gesprochen – hat sofort einen Rückschlag gebracht, aber nicht für mich, meine Zahl blieb oben, sondern für die CDU. Sie müssen einfach wissen, so denkt und fühlt die Wählerschaft der CDU. Also nehmen wir es doch! Dann haben wir Erfolg. Wir haben auch in der neuen Situation wie in der Vergangenheit als CDU den Erfolg.

Sicher wird die SPD sich bemühen, ihre Leute herauszustellen. Ihre Leute sind ja auch z. T. recht gut! Brandt hat an Profil außerordentlich viel gewonnen. (*Widerspruch und Unruhe*. – *Zurufe*: Nein!) – Oh doch! Brandt hat viel gewonnen in der allgemeinen Meinung, auch bei der CDU-Wählerschaft. Schiller hat sehr viel gewonnen! Das liegt z. T. auch daran, daß Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik hier im Vordergrund stehen. Die Leute denken in solchen Fällen auch sektorenhafte, wenn sie auch letzten Endes die Führungsaufgabe des Bundeskanzlers sehen, die aber natürlich schwieriger sichtbar zu machen ist in der Großen Koalition – es ist eine Banalität, es zu sagen – als in einer Gegenüberstellung der eigentlich regierenden Partei und der Opposition; denn wenn ich einen Streit zulasse zwischen uns und der SPD innerhalb des Kabinetts, dann ist der Leidtragende immer der Kanzler; denn der Kanzler kann dann nicht die Ordnung im Hause halten. Deswegen werden die harten Gespräche eben hinter verschlossenen Türen geführt. Deswegen schicke ich dem Außenminister dreimal eine Note, die er an die Sowjetunion richtet, korrigiert zurück, bis zum vierten Male die Note so aussieht – nicht wahr, Baron Guttenberg –, wie ich sie haben will. Aber das darf nicht an die Öffentlichkeit kommen. Man könnte vielleicht raffiniertere Methoden finden, das unter der Hand herausspielen, wie es die SPD mitunter tut.

Auch was Herrn Schiller anlangt, so ist das keineswegs so, daß Herr Schiller etwa die Entscheidung jetzt in der Währungssituation getroffen hätte. Ich habe sie getroffen.

Ich habe vom 7. Juli ab dreimal mit der Bundesbank, mit Sachverständigen, mit den Wirtschaftsministern und Finanzministern zusammen beraten und habe mir die Entscheidung vorbehalten. Der Finanzminister wollte überhaupt nicht, ohne eine ausgleichende Maßnahme zu setzen, was unmöglich gewesen wäre. Dr. Emminger³⁶ von der Bundesbank sagte mir: Wir können doch nicht die Währungen der Welt in die Luft sprengen! – So ist die Situation. Darum der Auftrag: Es muß dann eine Ersatzlösung für die Aufwertung gefunden werden. Der Hauptgrund dafür, daß wir die Aufwertung nicht gemacht haben³⁷, war natürlich die Landwirtschaft. Aber auch das sind Dinge, die nach außen hin nicht dringen. Ich sage das deswegen, weil unsere Partei das wissen muß und weil ich das Gefühl habe – Dr. Heck hat das Miesepetrigkeit genannt –, daß sich wenigstens einmal die führenden Leute über die Situation ganz klar werden müssen. Die Situation sieht eben so aus, daß der Politiker, der seit Jahren dieses Geschäft betreibt, besonders draußen an der Front ist und sich auch heute noch mit dem SPD-Mann in den Haaren liegt. Das ist nun einmal so. Es liegt überhaupt im Wesen des politischen Geschäftes, daß man einen haben will, mit dem man sich rauft. Das ist eben so. Das ist vielen Leuten einfach nicht zu nehmen. Da kann man machen, was man will. Die Führungsgruppe muß wissen, daß es sehr schwierig ist und daß wir uns nur schaden, wenn wir es so machen. Leider hat die SPD es schon gemerkt, daß die Partei, die souverän und völlig unbeirrt den Eindruck vermittelt, das Wohl des Ganzen geht uns vor allem anderen, sich durchsetzen wird.

Das zweite ist folgendes. Es ist sehr gefährlich, und deshalb ist es Zeit, es in diesem Kreise zu sagen. Der Hauptangriff gegen den Kanzler und damit gegen den Parteivorsitzenden ist die von der FDP ausgegebene Parole: Entschlußlosigkeit und Entscheidungsschwäche der Regierung. In der Großen Koalition heißt Führen – ich habe es oft genug gesagt –, man muß wissen, wohin man will, und dann zusammenführen. Das ist oft ein sehr mühsamer Weg. Gestern schien es so, als ob wir im Kabinett zum dritten Mal eine Kampfabstimmung haben würden in landwirtschaftlichen Fragen; aber ich bin darum herumgekommen. Dann bahnte sich ein Kompromiß an, den man akzeptieren kann, wenn er nicht faul ist. Einen faulen Kompromiß lehne ich ab. Dann kommt das Wort vom Ausklammern, wie es die FDP sagt. Die Frage ist bis jetzt gar nicht ausgeklammert worden. Das Wahlrecht ist ausgeklammert worden, aber nicht deshalb, weil ich resigniert hätte, sondern weil ich habe feststellen müssen, daß mit der SPD diese Frage nicht zu lösen ist, obwohl sie einen falschen Eindruck in der Öffentlichkeit macht. Hier muß einfach die Partei helfen. Der Kanzler kann sich nicht hinstellen und sagen: Was

36 In der Vorlage: Imringer. – Dr. Otmar Emminger (1911–1986), Jurist; 1928–1932 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Berlin, München, Edinburgh, 1947–1949 Oberregierungsrat im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 1949/50 Leiter der Bizonalen Delegation bei der OEEC, 1950 Eintritt in die Bank Deutscher Länder, 1953 Mitglied des Direktatoriums, 1957 Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank, 1969–1977 Vizepräsident und 1977–1979 Präsident der Bundesbank.

37 Trotz starkem ausländischem Druck beschloß die Bundesregierung am 19. November 1968, die D-Mark nicht aufzuwerten.

ist denn los? Ich bin ein starker Kanzler. – Hier muß die Partei Hilfestellung geben und gegen diese gefährliche Propaganda antreten.

Die zweite Geschichte – wie hoch ich sie einschätzen muß, weiß ich nicht – ist der Angriff, der Kanzler sei ein Nazi gewesen. Der Kanzler war kein Nazi. Das ist nachgewiesen. Das ist dokumentarisch belegt. Aber was soll man machen, wenn es die Leute sagen. Ich weiß nicht, wie hoch ich das einschätzen muß; immerhin, vor kurzem bringt der Herr Schlamm einen Artikel in einer Zeitung, die uns sonst nahezustehen pflegt, wo er dieses Thema aufgreift. Es ist die „Welt am Sonntag“.³⁸ Herr Springer³⁹ hat sich bei mir entschuldigt. Er sagte, der junge Redakteur habe nicht die Kraft gehabt, sich dem zu widersetzen usw.

Der Herr Bundestagspräsident (*Zuruf: Der ist weggegangen! – Starke Unruhe.*) sagte mir, warten wir es ab. Hier ist einfach die Frage, was kann man da tun; nicht ich, das müssen Sie draußen besser sehen. Ich bitte nur einfach um Ihre Unterstützung, nicht um mich, (*Anhaltende starke Unruhe.*) sondern ich muß ja so stark wie möglich bleiben, um in diesem Wahlkampf durchzustehen. Natürlich werde ich meinen Stil in diesem Jahre ändern, d. h., ich werde von Monat zu Monat etwas kämpferischer auftreten und dann natürlich den Wahlkampf hart führen, aber nicht etwa über künstlich herausgekratze Streitfragen – das wäre ja völlig töricht –, denn wir haben doch genug, was uns unterscheidet. Das wird sich ja ganz besonders in diesem Jahr herausstellen.

Wir dürfen nur nicht in die Gefahr geraten, daß uns die SPD den Rang abläuft und sich in das Licht dessen setzt – hier ist Herr Schiller dabei –, der nun, nachdem das Große hereingeholt ist, dem kleinen Mann das Seine gibt. Mir wurde erzählt, daß Schiller immer noch angegriffen wird. 40% der Befragten haben bisher geglaubt, Schiller gehöre zur CDU. Deswegen hat Dr. Heck das vorhin gesagt. Wenn Schiller angegriffen wird – so sagte man mir –, dann steht in jeder Versammlung einer auf und sagt: Wo hat es das je gegeben, daß ein Wirtschaftsminister Lohnerhöhungen gefordert hat? Damit ist dann die ganze Sache erledigt. Es wird gesagt, zuerst hat er dafür gesorgt, daß das Notwendige da ist, und nun teilt er aus. Das ist eine wirkliche Gefahr. Ich bin zwar optimistisch – diese ganzen demoskopischen Umfragen nehme ich cum grano salis –, aber ich habe doch eine langjährige Praxis und weiß genau, was davon zu halten ist. Für mich war viel wichtiger und aufschlußreicher das Ergebnis der Landtagswahlen, bei denen wir im Vergleich zur SPD günstiger abgeschnitten haben. Das war alles während dieser Zeit.

Jetzt komme ich mit einem großen Fragezeichen. Offen ist das Land Nordrhein-Westfalen. Dieses Land hat seine Wahl erst im Jahre 1970. Wir wissen aus bitteren Erfahrungen, was sein kann, wenn man eine Bundestagswahl gewinnt und im Jahre drauf die Landtagswahl im größten Land der Bundesrepublik verliert.

38 In der Vorlage: Schramm. – Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 5. Januar 1969 „Ich bekenne meine Vorurteile“. – William S. Schlamm (1904–1978), Journalist und Schriftsteller.

39 Axel Cäsar Springer (1912–1985), Verleger; ab 1946 Aufbau eines Verlagsimperiums (u. a. 1952 „Bild“, 1953 „Welt“, 1959 Übernahme der Ullstein AG).

Meine Damen und Herren! Es bahnt sich ein kritisches Verhältnis zwischen CDU und CSU an. Es hat gar keinen Zweck, das hier zu verheimlichen. Das ist so. Ich will den Gründen nicht nachgehen. Franz Josef Strauß läuft herum und sagt, er habe mich in den Sattel gehoben. Jeder, der die Dinge kennt, weiß genau, daß es umgekehrt war, daß er von seiner Partei bestimmt worden ist; denn er hatte einen anderen Kandidaten, nämlich den, den ich auch hatte. (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit.*) Aber das ist die Wahrheit! Daß er aber heute das überall verkündet, finde ich nicht fair. Die CSU bezeichnet sich offiziell als eine konservative Partei. Die CDU könnte sich nicht als eine konservative Partei bezeichnen. Eine Partei, die das Land Nordrhein-Westfalen umschließt, kann sich nicht einfach das Etikett „konservativ“ umhängen. In unserer Partei sind konservative Elemente, aber auch liberale, natürlich auch soziale. Da paßt kein Etikett. Das ist gefährlich.

Wenn nun die CSU angesichts kommender wichtiger Entscheidungen bereits ihre Entschließungen festlegt und sagt: Davon werden wir nicht abgehen, das ist das, was wir unter allen Umständen wollen, – dann ist es außerordentlich kritisch. Wir werden also in der nächsten Zeit den Versuch machen müssen, um zusammenzukommen. Ich bin der Meinung, daß das gehen wird, daß sehr viele Leute in der CSU sind, die die Gefahr auch für die CSU selber sehen, die in einer großen Überhitzung lebt.

Den Streit zwischen den beiden verschiedenen Auffassungen des Vorsitzenden der CDU und des Vorsitzenden der CSU will ich jetzt nicht darlegen. Er versucht, rechts zu überholen. Ich halte das für eine vielleicht in Bayern erfolgreiche Methode, aber ich halte sie nicht für erfolgreich in der Bundesrepublik. Aber darüber wird man miteinander sprechen müssen; immerhin muß ich die Gefahren nennen. Wir müssen sie möglichst bald – d. h. schon in den nächsten Wochen – klären und irgendwie regeln; denn so kann es nicht weitergehen.

Es kann auch nicht so weitergehen, daß man hinter der vorgehaltenen Hand, auch in der CDU – das wird mir ja alles zugetragen – meine Herren, sagt: Den Kiesinger nehmen wir nicht mehr! Dann aber kommt Franz Josef Strauß als starker Mann. Meine Damen und Herren! Ich will mich über die deutsche philosophische Politik des starken Mannes hier nicht auslassen. Die Partei hat bestimmte Meinungen dazu. (*Lemmer: Sie hat große Erfahrungen!*) Ja, ich will mich nicht auslassen.

Ich bin in vielen Punkten mit dem Vorsitzenden der CSU viel näher, als es scheint, nämlich in fast allen Fragen. Aber die Methode, die er anwendet, ist halt gefährlich. Was sein Ehrgeiz sagt und was er werden will, das ist eine andere Frage. Mir tut es nur leid, daß in dem Wettrennen zwischen Finanzminister und Wirtschaftsminister der Finanzminister in der Popularität vom Wirtschaftsminister unnötigerweise überflügelt worden ist. Das ist ein großer Jammer, aber es ist halt so. Das hätte er anders haben können. Ich habe immer wieder gesagt, zu diesem Erfolg hat der Finanzminister mindestens zum gleichen Teil beigetragen wie der Wirtschaftsminister. Ich habe es dargelegt. Ich werde es auch in den kommenden Monaten tun müssen. Hier in diesem Kreis hat es ja keinen Zweck, daß man heikle Dinge totschrweigt. Man muß einmal darüber sprechen.

Ich kann nur noch einmal dringend sagen, wenn Sie erwarten, daß das im Herbst gutgehen soll, dann bedenken Sie, früher konnten wir immer wieder sagen: Das hat die CDU geschaffen, Adenauer in der Außenpolitik, Erhard in der Wirtschaftspolitik usw. Das und das haben wir erreicht. Was hat die Opposition gemacht? Sie hat nur geschimpft. Aber heute ist das nicht mehr so. Heute ist das eben eine Leistung der Großen Koalition. Diese Regierung der SPD ist ja eine Quantité négligeable in diesem Zusammenhang, da wird es am Ende darauf ankommen, wie wir uns alle darstellen. Dazu gehört erstens kein Gezänk, zweitens Geschlossenheit und Einigkeit nach außen und drittens ein ehrliches Ringen um gemeinsame Lösungen in schwierigen politischen Fragen. Wir müssen die Situation berücksichtigen, die kommen wird. Offensichtlich ringt sich die SPD nicht durch, einen Kanzlerkandidaten aufzustellen. Die drei um die Palme ringenden Herren schließen das aus. Sie wollen mit einem Trio auftreten, zu dem Brandt, Schiller und Helmut Schmidt gehören sollen, wie man hört. Das kann sich noch ändern. Ich will nicht viel dazu sagen. Ich hoffe, daß die SPD dabei bleibt. Immerhin zeigt das eine Chance in dieser Situation. Ich hoffe, daß wir das bei unseren künftigen Maßnahmen berücksichtigen.

Über die technische Durchführung des Wahlkampfes, insbesondere im Blick auf die möglichen Störungen durch die APO usw., werden wir heute nicht mehr viel sagen. Ich habe mir da ein ziemlich klares Bild gemacht. Darüber müssen wir uns ein anderes Mal unterhalten. (*Zuruf: Wann ist die Wahl?*) Am 14. September, aber bloß von der CDU aus. Ob die FDP mitmacht, kann ich noch nicht sagen.

Kraske: Herr Genscher hat sich bisher für Ende September geäußert. Er hat zwar erklärt, das sei ihm egal, sie würden zu allen Terminen gut abschneiden. Die SPD scheint sich für den 12. Oktober festlegen zu wollen. Sie macht sich sehr stark. Sie tut es aus guten Gründen, um aus der Assoziation September-Wahl = CDU-Wahl herauszukommen. Gerade aus diesen Gründen sollten wir unter allen Umständen beim 14. September bleiben.

Röder: Herr Bundeskanzler, ich habe noch eine Frage. Ich sage auch das, was unser Parteifreund Heck gesagt hat. Es hängt sehr vieles davon ab, ob wir verhindern können, daß unsere Leute schlechtgemacht werden. Wir haben allen Anlaß, uns über dieses Thema zu unterhalten. Im Augenblick unterhält sich die Öffentlichkeit über unseren Parteifreund Eugen Gerstenmaier.⁴⁰ Ich habe nur die Frage, ob der Bundesvorstand beabsichtigt, sich in einer Erklärung hinter diesen prominenten Parteifreund zu stellen, was ich sehr empfehlen würde. (*Lebhafte Unruhe. – Blank:* Das ist bei uns nicht üblich!) Lieber Parteifreund Blank, in der Öffentlichkeit wird man es doch vermissen,

40 Nach seiner Habilitation 1938 war Gerstenmaier wegen seiner Ablehnung des Nationalsozialismus die Lehrbefugnis und Ernennung zum Professor verweigert worden. Für die entgangenen Versorgungsbezüge erhielt er – gemäß der 7. Novelle des Wiedergutmachungsgesetzes vom 19. September 1965 („Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes“, BGBl 1965 I S. 1315) – mit Bescheid des Bundesinnenministeriums vom 8. Dezember 1968 Wiedergutmachungsleistungen. Vgl. Franz MÖLLER: Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin, in: HPM 9 (2002) S. 95–126, hier S. 117–124.

wenn wir einen Mann – gleichgültig, wie man zu seinem Verhalten steht, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren – angreifen lassen, ohne daß wir als Parteivorstand dazu etwas sagen. Das trifft heute Eugen Gerstenmaier, morgen trifft es Kai-Uwe von Hassel, übermorgen den Bundeskanzler. Eine Partei muß zu ihren Leuten stehen. (*Unruhe.*) Sie muß dazu stehen. Ich wollte es eben sagen, als Freund Gerstenmaier draußen war, kam aber nicht dazu. Nun ist er wieder hier. Ich habe jetzt keine Zeit, solange abzuwarten, bis er wieder draußen ist. Deshalb wollte ich es jetzt sagen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich wollte dazu keinerlei Diskussion haben.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier will den Raum verlassen.

Nein, bleiben Sie hier! Ich möchte nur einen Satz dazu sagen. Diesen Satz sollte man auch der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck bringen. Wir können jetzt nicht in eine Diskussion eintreten. Ich wollte etwa sagen: „Dem Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier sind in einem rechtlichen Wiedergutmachungsverfahren Ansprüche zugestanden worden.“ Hier steht: Die auch finanzielle Auswirkungen hat. Der Satz gefällt mir nicht ganz. Es ist meine Aussage, die ich jetzt mache. „Ich habe mich überzeugt, daß es sich dabei um ein völlig korrektes Verfahren handelt. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat über die Summe, die er als Nachzahlung erhalten hat, so verfügt, daß sie zu einem großen Teil den Hinterbliebenen und Angehörigen der Beteiligten des deutschen Widerstandes zugute kommt. Es gibt keinerlei Grund, an den ehrenhaften Motiven Dr. Gerstenmaiers zu zweifeln. Er hat das volle Vertrauen des Parteivorstandes.“ So etwa würde ich sagen. Wir können das im einzelnen ja noch verbessern. Es ist ein erster Entwurf.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich habe nun doch das Gefühl, daß ich rausgehen sollte. Wenn ich jetzt den Schlußsatz höre ... (*Sehr starke Unruhe.* – *Lücke:* Der Schlußsatz ist neu!)

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier verläßt den Saal.

Kiesinger: Man könnte auch sagen: „Im Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsverfahren Dr. Eugen Gerstenmaiers erklärt der Bundesvorstand der CDU, daß es keinerlei Grund gibt, an der Ehrenhaftigkeit des Verhaltens und der Korrektheit des Verfahrens zu zweifeln. Dr. Gerstenmaier hat das volle Vertrauen der CDU.“ (*Starke Unruhe.* – *Lücke:* Darf ich bitten, den Schluß der ersten Erklärung noch einmal vorzulesen. Er erleichtert die ganze Geschichte.) Er lautet: „Die von dem Landesamt für Besoldung und Versorgung in Nordrhein-Westfalen aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen errechneten materiellen Entschädigungen habe ich nach Abzug der Steuern für den Kreis des deutschen Widerstandes bestimmt.“ (*Lücke:* Uneingeschränkt! – *Kraske:* Es ist besser, wenn er das morgen selber erklärt und wir uns auf das Allgemeine beschränken! – *Anhaltende Unruhe.*) Wenn wir es abstellen auf die Korrektheit des Verfahrens und die Ehrenhaftigkeit des Verhaltens, dann ... (*Sehr starke Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich weiß zufällig, wie die Geschichte zustande kam, wie eines Tages sein Freund sagte: Was geschieht mit deiner Familie, wenn du mal umfällst? – Wir alle sind

doch in dieser Situation gewesen, daß wir einfach nicht wußten, wie wir weitermachen sollten. Dann hat er es damals gestoppt. Das ist schon ein bißchen eine lahme Entschuldigung. Er selber sagt: Ich habe das gedacht. – Ich weiß gar nicht, ob es zweckmäßig ist. Aber wenn er es selber sagt, dann bitte! Das ist eine Sache, die ihm deswegen ein wenig unangenehm ist, weil sie auch anschließt an die unglückliche Sache damals mit dem Haus in Stuttgart.⁴¹ Sie wissen ja, wie das ist. Wenn so etwas einmal in der Welt ist, dann ist es eben da. Deswegen müssen wir uns, da hilft alles nichts – ganz gleichgültig, ob der eine oder andere von uns das Verhalten für politisch opportun halten mag oder nicht –, hinter unseren Parteifreund stellen. (*Lemmer*: Entweder – Oder!) Natürlich! Für das „Oder“ gibt es gar keinen Anlaß! (*Lebhafte Unruhe*.) Ich weiß, Herr Scheufelen, das ist schwierig für Sie, weil in Nord-Württemberg diese alten Vorgänge immer noch Unruhe schaffen. Aber es bleibt nichts anderes übrig. Da müssen wir klipp und klar etwas sagen. Wollen wir also nur diese kurze Formulierung nehmen? Sind wir geschlossen dieser Meinung? (*Zustimmung!*) – Gut!

Soweit ich gesehen habe in der Presse – ich habe natürlich nicht soviel Zeit gehabt, um die ganze Sache zu lesen –, ist an der Ehrenhaftigkeit eigentlich nicht gezweifelt worden. (*Starke Unruhe*. – *Lemmer*: Die Kritik ging nur dahin, dort ging es schnell, aber die anderen müssen lange warten! – *Anhaltende Unruhe*. – *Zuruf*: Es geht mehr um die Einlassung des Bundestagspräsidenten. – *Zuruf*: Am unangenehmsten ist diese Meldung über die erst nach dem Antrag erfolgte Gesetzesänderung. – *Stoltenberg*: Das war völlig irreführend! – *Anhaltende Unruhe*.)

Von Weizsäcker: Aber das ist der Punkt, auf den die Berichterstattung hinweist und auf den man am meisten angesprochen wird. (*Zuruf*: Für die Journalisten ist der entscheidende Punkt die Einlassung des Präsidenten am Montag in einer Pressekonferenz gewesen.⁴² Durch die Art seines Auftretens ist die Sache unnötig verschärft worden in den Augen der Journalisten.) Das mag schon sein, aber das ist etwas, was die Bevölkerung als solche nicht weiß. Die Mitteilung darüber, daß ein Gesetz erst nachträglich geändert worden sei, und zwar in einer kausalen Weise für Grund oder Höhe des Anspruches, kann ja doch nur lanciert werden in der Absicht, nun zu sagen, das ist Korruption. (*Anhaltende Unruhe*. – Das stimmt nicht!)

Kraske: Das war eine der zahlreichen Novellen der Entschädigungsgesetze, die tatsächlich so durch die Presse gegangen sind, daß die zeitliche Abfolge wie folgt war:

Januar 1965 Antragstellung, Juni 1965 Ergänzung des entsprechenden Gesetzes, um die Ansprüche von potentiellen Hochschullehrern, die habilitiert waren, aber nicht mehr die *Venia legendi* bekamen, sicherzustellen, und dann wiederum einige Monate

41 Gerstenmaier hatte 1959 in bester Stuttgarter Wohnlage ein Grundstück für 50.000 DM gekauft und wollte dieses 1967, da er doch nicht bauen wollte, für 304.000 DM an die Stadt zurückverkaufen. Vgl. „Spiegel“ vom 26. Juni 1967 „Vorzug am Hang“; „Rheinischer Merkur“ vom 4. August 1967 „Präsidielles ‚Häusle baue‘“.

42 Gerstenmaier hatte, nach Angriffen gegen seine Person, u. a. den Satz geäußert: „Nazi hätte ich sein müssen, dann bräuchte ich mich heute nicht zu verteidigen.“ Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 13. Januar 1969; „Tagesspiegel“ vom 14. Januar 1969; „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Januar 1969.

oder einige Jahre später eine Entscheidung im Verfahren. Und das ist genau mit dieser Absicht jetzt nachgeschoben worden. (*Von Weizsäcker*: Ich habe aber erlebt, daß ich nur auf diesen Punkt 2 angesprochen worden bin. – *Lebhafte Unruhe*.)

Kiesinger: Das darf aber auch er nicht tun! (*Mehrere Zurufe*: Nein, nein!) Ich habe Dr. Gerstenmaier geraten, er soll absolut schweigen. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Kraske: Herr Bundeskanzler, könnte das nicht interpretiert werden von einem Mitglied unserer Fraktion aus dem Rechtsausschuß oder Wiedergutmachungsausschuß, der damals für die Novellierung zuständig war, der das womöglich sogar im Plenum vertreten hat. Ich weiß nicht, wer das gewesen ist, aber das läßt sich ja feststellen. (*Von Weizsäcker*: Es wird doch ziemlich leicht sein nachzuweisen, daß Gerstenmaier von dem laufenden Antrag gar nichts gewußt hat. – *Anhaltende Unruhe*.)

Kiesinger: Gut! Dann sind wir wohl einig in dieser Frage. (*Scheufelen*: Hat man schon ungefähr eine Vorstellung darüber, wie es mit der Wahlführung sein wird?)

Kiesinger: Ich kann nur die allgemeine Richtung andeuten. Dr. Heck hat schon darauf hingewiesen. An erster Stelle steht die Sicherheit. Wir müssen es aber bald machen, damit nicht eine andere Partei uns das wegnimmt. In Baden-Württemberg hieß es: Sicherheit, Ordnung, Fortschritt. Auf so etwas muß es hinauslaufen. (*Kohl*: Aber nicht genauso!) Natürlich nicht, aber in dieser Richtung muß es gehen.

Kraske: Ich möchte zu drei Punkten eine Ergänzung geben. Erstens Große Koalition und Wahlkampfterminierung, zweitens Werbevorbereitung und drittens eigentliche Wahlkampagne. Die bereits zitierten Ergebnisse der Meinungsforschung möchte ich durch eine Bemerkung ergänzen, die noch über das hinausgeht, was der Herr Bundeskanzler vorhin gesagt hat, als er meinte, daß die positive Haltung zur Großen Koalition sich im wesentlichen auf die gegenwärtige Legislaturperiode bezieht und daß man für die Wahl hier durchaus offen sei. Nach der letzten uns vorliegenden Umfrage gilt diese positive Haltung mehr und mehr auch über die Wahl hinaus. Ich möchte das durch eine Zahl belegen, die ich ziemlich erschütternd finde. Einmal angenommen, bei der nächsten Bundestagswahl würde eine der beiden großen Parteien soviel Stimmen bekommen, daß sie auch ganz allein regieren könnte, sollte sie dann allein regieren oder mit der anderen großen Partei die Große Koalition fortsetzen?

Ergebnis: Alleine regieren: 40%. Fortsetzung der Großen Koalition: 35%. Unentschieden: 15%. Ergebnis bei den potentiellen CDU/CSU-Wählern: Alleine regieren: 38%. Fortsetzung der Großen Koalition: 39%. Weibliche Wähler: Alleine regieren: 30%. Fortsetzung der Großen Koalition: 39%.⁴³ Das bedeutet für mich und sicher für keinen von uns eine Änderung unserer eigenen Auffassung und Ziele. Aber dieses scheint mir das deutlichste Indiz dafür zu sein, daß derjenige Minus-Punkte sammelt, der zu früh mit dem Wahlkampf beginnt. Ich sage das in diesem Kreis, weil in unserer eigenen Partei, und zwar je weiter man an die Wahlen kommt, desto mehr eine große Unruhe ist, die gerade nach den Nachrichten über das Dreikönigstags-Treffen der FDP

⁴³ Vgl. JAHRBUCH 1968–1973 S. 272.

und über die Pressekonferenz von Wischniewski noch zugenommen hat⁴⁴ mit der besorgten und teilweise recht vorwurfsvollen Frage an die Bundespartei, an den Parteivor-sitzenden, an den Generalsekretär und an uns, warum fangt ihr nicht endlich an, warum hört man nichts von euch?

Ich kann nur sagen, je mehr SPD und FDP von Wahlkampf und Wahlkampfzielen zur Zeit sprechen, desto besser ist es für uns, und um so mehr soll sich die CDU vor einem Einstimmen in dieses Wahlkampfgerede hüten. Sie soll statt dessen über ihre politischen Aufgaben und ihre sachliche Arbeit reden. Daraus ergibt sich aber auf der anderen Seite, daß wir die gleiche Zeit benutzen sollten, insbesondere in den Wahlkreisen, um mit unserer Öffentlichkeitsarbeit und Informationsarbeit ohne spürbaren Wahlkampf-hintergrund, also ohne Gezänk und Polemik, sehr viel aktiver und fleißiger zu sein, als das leider bisher weithin der Fall ist.

Wir können in diesen Punkt, d. h. Information der Öffentlichkeit, in den nächsten Monaten, wo wir noch ein wirklich aufgeschlossenes Publikum finden, gar nicht genug tun. Das gilt für die Bundestagskandidaten und Bundestagsabgeordneten; das gilt aber auch für die Kabinettsmitglieder. Die Kabinettsmitglieder der SPD sind, wie ich aus allen unseren Landesverbänden höre, ungewöhnlich fleißig in ihrem Auftreten draußen im Lande. Es wird – ich kann das nicht im einzelnen nachprüfen und beurteilen – von unseren Landesverbänden eigentlich durchweg Klage darüber geführt, daß die SPD-Minister in ihren Bereichen mehr auftreten als unsere eigenen und wir hier etwas ins Hintertreffen kommen.

Ein Wort zu den Werbevorbereitungen! Die Presse hat sich in den letzten Tagen im Anschluß an das Dreikönigstags-Treffen ein bißchen mit dem Bundestagswahlkampf befaßt. Die Ankündigung der FDP, wir müßten diesmal einen rationalen Wahlkampf führen, man müsse endlich auf die antiquierten Formen des Wahlkampfes, wie Plakatierung usw., verzichten, hat – wie nicht anders zu erwarten war – in der Presse ein positives Echo gefunden. Ich weiß, daß die SPD diese Masche fortsetzen wird; daß das eine ihrer Wahlkampfthemen sein wird, wie sie den Wahlkampf führen will.

Wir sollten uns heute schon darüber klar sein, daß wir uns darauf im eigenen Interesse auf keinen Fall einlassen; denn daß es einerseits eine gezielte Maßnahme auf die potentiellen Wähler der FDP, zum anderen von der FDP ganz zweifellos nur lanciert ist, um damit im Vorfeld des Wahlkampfes Stimmung für sich zu machen, ist klar. Für uns wird das gleiche gelten wie in früheren Jahren, daß wir alle zur Verfügung stehenden Medien in den letzten Wochen konzentriert ausnützen müssen und daß wir in unserer Wahlkampfplanung und in der Anlage unserer Werbekonzeption zu berücksichtigen ha-

44 Die FDP kündigte auf ihrem Dreikönigstreffen an, sie strebe eine Regierungsbeteiligung an, und kritisierte die Große Koalition heftig, vgl. „Nürnberger Zeitung“ vom 7. Januar 1969 „Die FDP will an die Macht“; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 7. Januar 1969 „Auf in den Kampf!“. – Wischniewski betonte bei mehreren Gelegenheiten den politischen Führungsanspruch seiner Partei und die Ablehnung einer Fortführung der Großen Koalition, vgl. FAZ vom 10. Januar 1969 „Auch die SPD meldet Führungsanspruch an“; Interview in: SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 3. Januar 1969.

ben, daß in unserer Bevölkerung ein Viertel beinahe, nämlich 22%, weder regelmäßige Fernseher noch regelmäßige Zeitungsleser sind und daß auf eine entsprechende Frage von weiblichen Wählern 44% selber zugaben, daß sie sich nie oder nur ganz selten über Politik unterhielten. (*Lebhafte Unruhe.*) Für die CDU sollte der rationale Wahlkampf, der Wahlkampf der Argumente zwar etwas sein, was sie auch führt, aber bestimmt nicht das, was sie alleine führt. Die emotionale Komponente wird nach wie vor in einem Wahlkampf der CDU entscheidend wichtig sein. Unter diesem Punkt und unter der Konzeption, die in Umrissen Herr Dr. Heck hier vorgetragen hat, sind wir seit einigen Monaten dabei, unsere Werbekonzeption im einzelnen vorzubereiten. Wir haben dafür drei Agenturen unter Vertrag genommen.⁴⁵ Die ersten Entwürfe werden etwa im Februar vorliegen. Bei der nächsten Vorstandssitzung wird man sicher einen allgemeineren Überblick darüber geben können.

Die dritte Frage – das hat der Herr Bundeskanzler angedeutet –: Es wird sich in diesem Wahlkampf in der allgemeinen Werbung nichts Grundsätzliches ändern. Es stehen uns dieselben Medien zur Verfügung wie vor vier oder acht Jahren. Die kommerzielle Werbung hat im Grunde genommen seit vier Jahren keine völlig neuen Wege eingeschlagen, die etwa für uns entsprechende Kursänderungen bedeuten müßten. Es gibt nur einen Punkt, wo wir nicht nur eine graduelle, sondern auch eine prinzipielle Änderung gegenüber der Wahlkampfführung von 1965 haben werden. Das ist die eigentliche Wahlkampagne, nämlich die politische Wahlkampfführung, die Wahlversammlungstätigkeit. Es hat sich im Wahlkampf von Baden-Württemberg gezeigt, daß auch unsere Bundesminister eigentlich heute bei dieser Erwartungshaltung des politisch interessierten Publikums sich nicht mehr darauf beschränken können, Kundgebungen abzuhalten, sondern daß auch von Bundesministern heute in der Regel Diskussionen verlangt werden. Das bedeutet, daß wir nicht mehr wie früher unsere Spitzenredner an einem Tag oder an einem Abend in vier Versammlungen nacheinander einsetzen können, die dann von den Kandidaten oder Abgeordneten weiter getragen werden, wie das früher war.

Das bedeutet weiterhin, daß sich dadurch und durch die verminderte Zahl unserer Kabinettsmitglieder das Reservoir unserer Spitzenredner wesentlich vermindern wird; das bedeutet in der Konsequenz, daß die eigene Aktivität in den Wahlkreisen sehr viel größer sein muß, als das im Jahre 1965 der Fall war. Denn die Wahlkreise werden sich noch weniger darauf verlassen können, daß jede Woche einmal ein großer zugkräftiger Redner aus Bonn zu ihnen kommt. Sie werden sich im übrigen auf die Verteilung von Flugblättern beschränken. Daneben werden wir sicher in einem Maße, wie wir das seit den frühen 50er Jahren nicht mehr erlebt haben, mit Störungen rechnen müssen. Das wird für den Bundeskanzler, aber auch für einige ausgesuchte Spitzenredner gelten. Das wird möglicherweise für die Wahlkampf­tätigkeit im ganzen gelten. Deswegen gehen unsere Vorüberlegungen für diesen Teil des Wahlkampfes eben auch dahin, was wir tun können, um uns in der Organisation unserer Veranstaltungen besser darauf vorzubereiten.

⁴⁵ Angebote der Agenturen Bonner Werk GmbH, R. W. Eggert GmbH und Dr. Hegemann GmbH in ACDP 07–003–067/4.

reiten, als das bei den Landtagswahlkämpfen und Kommunalwahlkämpfen in der Regel der Fall war.

Das bedeutet, daß wir mindestens bei der Vorbereitung von großen Kundgebungen [an] unsere Spitzenredner von den Wahlkreisen ganz bestimmte Forderungen stellen müssen, die erfüllt sein müssen, sonst hat es keinen Sinn. Was wir hier in den letzten Landtagswahlkämpfen erlebt haben, ist teilweise erschütternd. Ich will keine Einzelheiten darüber sagen, zumal diese Dinge z. T. noch in der Vorbereitung sind. Ich möchte nur zum Schluß noch einmal das wiederholen, was ich am Anfang gesagt habe, weil es heute nicht so sehr für diesen Bundesvorstand, aber doch für unsere Landesverbände und Kreisverbände das Wichtigste ist. Wir müssen gleichzeitig daran denken, daß wir so spät und so konzentriert wie möglich mit dem Wahlkampf anfangen, aber daß wir so schnell und so intensiv wie möglich mit der politischen Arbeit draußen im Lande beginnen bzw. die vorhandene Arbeit intensivieren.

Kiesinger: Ich möchte noch etwas zu der Situation sagen, die mir natürlich auch sehr große Sorgen macht. Bei diesen Landtagswahlkämpfen, an denen ich teilgenommen habe, haben sich am wirksamsten zwei Mittel erwiesen. Das eine war das Durchwandern des Landes, nicht mit dem Zug, sondern mit dem Wagen, um irgendwo schnell halten zu können. Dort fanden sich dann die Leute ein. Die wollten keine langen Reden hören, sondern nur ein paar nette und ermutigende Worte. Das andere sind dann allerdings sehr große Kundgebungen. Es gab große Kundgebungen, bei denen man den größten Teil der politisch aktiven Bürger einer Stadt versammelt hatte. Ich denke z. B. in Niedersachsen an Braunschweig, an Goslar oder an Buxtehude. Ich denke auch an Hessen, wo ich eingegriffen habe in Biedenkopf usw., wo es von einer Mehrheit der SPD zu einer Mehrheit der CDU gekommen ist.⁴⁶ Solche Kundgebungen können natürlich gestört werden.

Herr Stoltenberg und ich, wir hatten auf dem Tübinger Marktplatz eine Riesenkundgebung.⁴⁷ Das war schlimmer als in Berlin. Hier kamen immer wieder die Sprechchöre. Wie wir das bewältigen können bei diesen höchst wertvollen Massenkundgebungen, das weiß ich auch noch nicht. Hier müssen wir Methoden finden, um einfach die Störer zu beseitigen. Ich erinnere mich, ich habe mal mit Konrad Adenauer in den Messehallen in Frankfurt gesprochen. Wir konnten damals zehn Minuten lang nicht zu Wort kommen, weil ununterbrochen Sprechchöre ertönten. Wir standen beide da und warteten ab. (*Fay:* Diese Wahlen haben wir gewonnen!) Natürlich! Als Professor Erhard in Tübingen war und es große Störungen gab, war der Erfolg der, daß gerade die Störungen – so häßlich die Veranstaltung selber war – die anwesenden Bürgersleute bestimmt haben, um nun erst recht CDU zu wählen. Man kann aber bei solchen großen Massen-

46 Zu den Auftritten Kiesingers im niedersächsischen Landtagswahlkampf vgl. FAZ vom 25./26. Mai 1967 „Schattenboxen mit Samthandschuhen“. – Bei den hessischen Kommunalwahlen am 20. Oktober 1968 erreichte die CDU in Marburg 25,93 % und konnte mit der FDP (17,76 %) die SPD, die nur noch auf 39,72 % (vorher 46,3 %) kam, ablösen.

47 Vgl. Nr. 18 Anm. 47.

veranstaltungen noch erheblich viel Leute gewinnen. In den Sälen ist es erfahrungsgemäß so, daß im wesentlichen CDU-Wähler dorthin gehen, die uns ohnehin wählen.

Also, neben diesen Großveranstaltungen kann man durch das Land reisen. Man nimmt sich einen Omnibus oder einen Helikopter. Man wählt seine Route. Morgen fliegt man woanders hin. Damit sind diese Störenfriede abgehängt. In Hallen – das war in Baden-Württemberg kläglich – müssen wir natürlich unsere Leute einsetzen. Es darf nicht so sein, wie es in Konstanz geschehen ist, daß es nahezu ausschließlich unsere politischen Gegner waren.⁴⁸

Stoltenberg: Es gibt hier einen entscheidenden Unterschied zwischen den Landgemeinden und den Städten. Auf dem Lande wird man vielfach mit kurzen Ansprachen auskommen, wobei gewisse Vorkehrungen getroffen werden müssen. In den großen Städten müssen wir eine gewisse Kontrolle über den Einlaß vornehmen. Unter dem Eindruck von Baden-Württemberg muß ich sagen, wir müssen unsere Parteiarbeit wieder umstellen. Ich will es einmal überspitzt sagen: Unsere Kreisgeschäftsführer sind zum großen Teil behäbige Kommunalpolitiker geworden, die meinen, wenn man eine Versammlung vorbereitet, dann genüge es, daß man eine Anzeige macht, ein paar Plakate klebt und selbst erst 5 Minuten vor 8.00 Uhr zur Versammlung kommt, und das übrige macht dann der Redner. (*Kohl:* Manche kommen sogar nach 8.00 Uhr! – *Sehr starke Unruhe.*) Ich beziehe das auch auf uns. So können wir diese Veranstaltungen nicht erfolgreich durchführen. Die Wirkung in der Öffentlichkeit ist auch nicht abzuschätzen. Die Reaktion kann so sein, wie Sie es schildern, daß es eine Solidarisierungswelle gibt; wenn es aber zu einer Reihe von völlig negativen Veranstaltungen führt und außerdem noch die negative Art der Berichterstattung hinzukommt, dann ist es schlimm. Wenn es dann vier Wochen vor der Wahl heißt: Der Bundeskanzler konnte sich nicht durchsetzen –, wenn sich dann noch das Fernsehen in dieser negativen Weise einschaltet, dann kann natürlich die Stimmung gegen uns umschlagen. Ich würde schon sagen, bei aller Notwendigkeit, daß sich Spitzenredner intensiv einsetzen, lieber einige Veranstaltungen weniger machen, die man aber dann unter gründlicher Kontrolle hat, als das Risiko, daß man andererseits eingehen muß. Ich glaube, es ist eine schwierige Aufgabe für die Bundesgeschäftsführung, für die Herren Heck und Kraske, nun Landesverband für Landesverband mit den Landesgeschäftsführern durchzugehen. (*Kiesinger:* Unter Hilfe der Jungen Union! Es gibt da sicherlich ein Rezept! – *Starke Unruhe.*)

Lemmer: Eine politische Bewegung von unserer Stärke muß in der Lage sein, ihre großen Veranstaltungen im wesentlichen störungsfrei aus eigener Kraft durchzuführen. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, haben wir schon einige Punkte von vornherein verloren. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß Anfang Dezember in Wiesbaden die Veranstaltung unserer Partei für die ehemaligen Ostdeutschen und Mitteldeutschen ein

⁴⁸ Reise im Rahmen der baden-württembergischen Landtagswahl, vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 24. April 1968 „Stürmisches Wiedersehen im Oberland“.

Fiasko auf der öffentlichen Kundgebung war⁴⁹, weil die Polizei uns bat, sie nicht aufzufordern, eingreifen zu müssen. Infolgedessen gab es einen ganz turbulenten Verlauf in der überfüllten Rhein-Main-Halle. Ich darf von mir bescheiden bemerken, daß ich einer der wenigen war, der sich durchgesetzt hat.

In Berlin haben wir die Versammlung mit dem Herrn Bundeskanzler in der „Neuen Welt“ gehabt. Wir haben die Versammlung mit dem Herrn Bundeskanzler Erhard im Sportpalast gehabt.⁵⁰ Wir sind in beiden Versammlungen deshalb mit der systematisch aufgebauten Störung fertig geworden, weil ich die Polizei gebeten habe, überhaupt nicht sichtbar zu sein. (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit.*) Ich mache keinen Witz. Ich habe mit einer Reihe von Müllkutschern, die in Berlin bekannt sind, die Ordnung auf diesen Kundgebungen gesichert. (*Anhaltende Heiterkeit und starke Unruhe.*) Das war nicht die APO. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Leute hatten weit abgesperrt. Ich habe ihnen gesagt: Kommen Sie nicht in den Saal. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Im Saal ist die Ordnung gewährleistet worden aus eigener Kraft. Es war mir daran gelegen, einmal darauf hinzuweisen. Was die Polizei draußen an Felddienstübungen macht, geht mich nichts an. Im Saal war sie auf jeden Fall nicht sichtbar. (*Starke Unruhe.*) Wir müssen also aus eigener Kraft in der Lage sein, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Kiesinger: Wenn ich dazu etwas sagen darf, dann folgendes. In der „Neuen Welt“ ist natürlich ein ganz starkes uniformiertes Polizeiaufgebot dagewesen, das draußen alles abgesichert hat. Das war ein wirksames Mittel. Das sollte man auch anwenden. Im Saal selber waren einige wenige Störer, die sich aber angesichts der Stimmung, die im Saal herrschte, nicht weiter vorgetraut haben.

Die Polizei hat auch kräftig zugegriffen bei diesem Sturm auf das Landgericht in Berlin.⁵¹ Das hat die Kerle stark beeindruckt. Ich meine, man sollte beides machen. Die Polizei muß dafür sorgen, daß draußen Ordnung gehalten wird. Wir sollten sehen, daß unsere Leute im Saal sind.

Wir werden in Universitätsstädten wie Heidelberg und Freiburg die Säle nicht allein mit CDU-Leuten füllen können. Deswegen muß die CDU dort dafür sorgen, daß zwei Stunden vor Beginn dieser Kundgebungen der Saal gefüllt ist mit Leuten aus der Stadt und von der ganzen Umgebung, damit dort kein anderer hineinkommt. Wenn es doch einige kleine Grüppchen sind, die sich dort einschleichen, so werden sie sehr rasch aus

49 Der Vertriebenen- und Flüchtlingskongreß der CDU/CSU fand am 21./22. November 1968 in Wiesbaden statt, vgl. DUD: Der Heimatvertriebene/Der Flüchtling Nr. 42 vom 26. November 1968. – Zu Beginn der Veranstaltung kam es zu Krawallen durch jugendliche Störer, vgl. „Wiesbadener Kurier“ vom 22. November 1968 „Krawalle bei CDU-Kundgebung in der Rhein-Main-Halle“.

50 Im Rahmen des Berliner Parteitags fand am 6. November 1968 in der „Neuen Welt“, Hasenheide (Neukölln) eine Kundgebung mit Kiesinger statt (vgl. Nr. 22 Anm. 27). Weitere Kundgebungen sollten auch in den anderen Stadtbezirken abgehalten werden. Der Auftritt Erhards ist nicht zu ermitteln.

51 Am 4. November 1968 fand die sog. „Schlacht am Tegeler Weg“ statt. Im Verlauf des Ehrengerichtsverfahrens gegen den Anwalt Horst Mahler stürmten Demonstranten das Landgericht. Vgl. FAZ vom 5. November 1968 „Sturm aufs Berliner Landgericht“.

dem Saal hinausgeworfen. Wenn uns also dieses nicht gelingt, dann geht es schief. Es kann sich gerade auch der Bundeskanzler nicht immer diesen unwürdigen Szenen aussetzen. Es wird nämlich immer übler. Man kann sich doch diesen Radikalierern einfach auf die Dauer nicht aussetzen.

Hinzu kommt, daß die Berichterstattung sogar falsch ist. In Heidelberg war der Herr Baur⁵² vom dpa, der immer objektiv berichtet hat, nicht anwesend. Es war ein anderer Mann dort, der vielleicht parteipolitisch gefärbt ist. Das weiß ich nicht. (*Zuruf*: Er war zu früh weggegangen!) Ach, der war zu früh weggegangen! Ich hatte mich in Heidelberg durchgesetzt. Die Studenten haben nachher ein Sit-in gemacht und nachgeprüft, warum sie sich mir gegenüber nicht durchgesetzt hätten. Aber in der ganzen baden-württembergischen Presse erschien dieser unrichtige dpa-Bericht. Nur die Heidelberger örtliche Presse, die durch eigenen Augenschein die Sache gesehen hat, hat tolle Berichte darüber gebracht. Der Schlußsatz lautete: Der Unterlegene war jedenfalls nicht der Kanzler. – So geht es also auch. Wir müssen nur sehen, daß solche Leute auch kommen.

Scheufelen: Ich möchte auf eine Sache hinweisen, die ich im Wahlkampf von Baden-Württemberg entwickelt habe. Es handelt sich um eine Gruppe von 50 bis 100 Mann Begleitleute. Auf der einen Seite müssen sie vorher da sein, auf der anderen Seite kommen sie erst weg, wenn der Redner fertig ist. Aus diesem Grunde muß man die Versammlung aufteilen in harmlose und in nicht harmlose Ordner. (*Große Heiterkeit und starke Unruhe*.) Die 100 Mann Begleitkommando sollen nicht mit dem selben Konvoi des Redners fahren. Es ist auch so, daß man an dem einen Ort mit 20 Mann auskommt, während an einem anderen Ort vielleicht 100 benötigt werden. (*Starke Unruhe*.)

BERICHT ZUR LAGE

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Zum Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht zur Lage will ich Sie nicht mehr lange plagen mit einem umfassenden Bericht über die politische Situation, sondern versuchen, es im Telegrammstil zu machen. Innenpolitisch haben wir ja vieles besprochen. Es besteht die Gefahr, daß wir manche Aufgaben nicht zu Ende führen. Dabei ist das wichtigste die Finanzverfassungsreform.⁵³ Der Streit läuft zwischen Bund und Ländern. Ich habe die Ministerpräsidenten der CDU zunächst zu einer Vorbesprechung gebeten. Leider Gottes läßt sich das erst am 30. Januar machen. Die Herren haben zu anderen Terminen keine Zeit. Es ist gelungen, sie auf diesen Termin zusammenzubringen. Am 31. Januar habe ich alle Ministerpräsidenten hier.

Es ist etwas prekär, weil wir jetzt eigentlich nicht eingreifen wollen in den Gang der Sache im Bundesrat, die zweifellos zum Vermittlungsausschuß führen wird. Aber es geht ja nicht nur um die Finanzverfassungsreform. Wir haben aus der Mitte der CDU diese Anfrage, wie sich die Bundesregierung die bundesstaatliche Weiterentwicklung

⁵² Vgl. Nr. 18 Anm. 51.

⁵³ Die Finanzverfassungsreform trat am 12. Mai 1969 in Kraft, vgl. HILDEBRAND 297; BGBl 1969 I S. 1432 („Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern“ vom 28. August 1969).

denkt. Das ist natürlich eine riesenhafte Geschichte. Auch darüber müssen wir sprechen. Es ist einfach eine Malaise. Da ist eine kritische Situation entstanden.

Ich habe mich deshalb gleich nach dem Parteitag in Berlin – ich konnte leider damals nicht da sein – gegen die Gründung eines Bildungsministeriums gewandt. Das ist ein Punkt, auf den alle Länder unisono allergisch reagieren. Die richtige Lösung scheint mir in der Richtung einer Kompetenzveränderung zu liegen, nämlich dort, wo sie notwendig ist für eine bessere Kooperation. Bis jetzt sieht es nicht gut aus. Eine einzige Vorbesprechung, die inzwischen stattgefunden hat zwischen einigen Parteifreunden, vor allen Dingen der CSU, hatte schlechte Ergebnisse. Man ist in keiner Weise weitergekommen, sondern man ist schrecklich aneinandergeraten. Die ganze Unterhaltung hat einen ausgesprochen feindseligen Charakter getragen. Ich war nicht dabei, und ich kann also nicht sagen, wohin wir da kommen. Aber die Partei muß auch da unbedingt Einfluß nehmen. Ich weiß genau, wie schwierig das ist.

Der Bundestag hat einige Dinge zum Regierungsentwurf hinzugefügt. Es geht darum, ob man sie aufrechterhalten soll oder nicht. (*Starke Unruhe.*) Das war für mich von vornherein fraglich. Ich habe es eigentlich bedauert, daß diese Hinzufügungen gemacht worden sind; denn man konnte klar voraussehen, daß damit die Einigung ganz besonders schwer werden würde. Das ist eine Sache, die mir sehr viele Sorgen macht.

Der Atomsperrvertrag ist eine Sache, die in Verbindung steht mit der russischen Anmaßung des Interventionsrechtes. Ich habe Cabot Lodge bei seinem Abschied das mitgegeben.⁵⁴ Die amerikanische Regierung muß einsehen, daß wir unsere Unterschrift nicht unter einen Vertrag setzen können gegenüber einem Land, das sich dieses Interventionsrecht vorbehalten hat und das genau diesen Vertrag dann benutzen würde, um uns zu erpressen. Cabot Lodge selber hat sein vollstes Verständnis für diese Haltung ausgedrückt. Ich habe ihm erklärt, sagen Sie es drüben, damit ja kein Irrtum bestehen bleibt, daß das für uns die entscheidende Frage ist. Nun wollen wir abwarten, wie es in Amerika gehen wird. Wir wissen das nicht. Ich habe laut und klar diesen Vorbehalt für die Öffentlichkeit schon angemeldet.

Die Verjährung ist ein schwieriger Komplex.⁵⁵ Ich will nur soviel dazu sagen: Wir müssen entscheiden. Das kann man nicht dem nächsten Bundestag – wofür einige plädieren – überlassen. Der hätte nur noch wenige Wochen. Wir würden Prügel beziehen, wenn wir sagten, der nächste Bundestag – der nur noch bis zum 31. Dezember Zeit hätte – soll das machen. Wir müssen es tun! Wobei natürlich die Frage ist, gibt es differenzierte Regelungsmöglichkeiten, daß man Kategorien schafft. Das ist furchtbar schwer.

54 Am 28. November 1969 von der Regierung Brandt unterzeichnet. – Der Bundeskanzler traf sich mit Cabot Lodge, der bis zum 14. Januar 1969 Botschafter in Bonn war und am 15. Januar 1969 Leiter der amerikanischen Delegation bei den Gesprächen in Paris über eine Beendigung des Vietnam-Kriegs wurde, am 7. Januar mit Kiesinger. Vgl. AAPD 1969 S. 57 Anm. 11.

55 Die Unverjährbarkeit der Strafverfolgung von Verbrechen des Völkermords und der Vollstreckung von Strafen wegen Völkermords sowie die Ausdehnung der Verjährung bei Mord auf 30 Jahre wurde vom Bundestag im 9. Strafrechtsänderungsgesetz am 26. Juni 1969 gebilligt. Vgl. BGBl 1969 I S. 1445 („Bekanntmachung der Neufassung des Strafgesetzbuches“ vom 1. September 1969).

Wir sind da noch nicht sehr weit. Aber eines muß klar gesehen werden, das, was wir wollen, wenn wir die Verjährung ablehnen, nämlich das Aufhören der Prozesse, wird nicht erreicht. Es laufen Tausende von Prozessen. (*Gradl*: Bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts!) Das ist eine jammervolle Situation. Immer wieder fährt man uns über den Mund, wenn man sagt: Wir leben in einem brutalen Zeitalter. An dieser Brutalität haben sich alle beteiligt, wenn auch wir leider in einer besonderen Weise. Es wird uns immer wieder gesagt: Das ist gar nicht zu vergleichen mit dem, was ihr getan habt. Man sagt aber nichts dazu, wenn tausende Bomber über einer Stadt ohne jede Beschränkung auf andere Ziele, wie Frauen, Kinder usw., ihre Bomben abwerfen, wie z. B. in Pforzheim, mit 70.000 Einwohnern, wo es über 30.000 Tote gab. Das Beispiel Dresden, das immer angeführt wird, will ich gar nicht erwähnen. Außerdem wohnten in Nagasaki und in Hiroshima keine Nazis.

Aber wir sind so töricht, uns das aufreden zu lassen! (*Unruhe und Bewegung*.) Das Schwierige ist nur, daß man, wenn man es sagt, immer so erscheint, als wolle man die alten Scheußlichkeiten und Verbrechen damit entschuldigen. Das wollen wir wahrhaftig nicht! Aber wir dürfen uns nicht wehren. Wir werden doch in der ganzen Welt dargestellt als das einzige Volk, das diese Brutalitäten begangen hat. Es geht doch nicht nur um die Juden-Geschichte, sondern auch um das, was in Nürnberg⁵⁶ war. Inzwischen war Algerien. Inzwischen war Vietnam.⁵⁷ Inzwischen war dieses und jenes. Da ist manches vorgekommen, was in Nürnberg zu Verurteilungen geführt hat. Das muß man auch wissen.

Alles das schafft eben eine sehr schwierige Situation. Es wäre gut, wenn das endlich aufhörte; aber, wie gesagt, es hört nicht auf. Es geht weiter. Bei uns werden diese Prozesse weitergeführt. In keinem anderen Lande werden Grausamkeiten, die im Kriege begangen worden sind, geahndet. Das wird alles noch unter das Kriegsrecht genommen. Es ist eine scheußliche Situation. Wie wir damit fertig werden, das müssen wir sehen. Die NPD haben wir schon behandelt.

Auf sozialem Gebiet sind wir in einer nicht leichten Situation der SPD gegenüber, weil sie mit einer Reihe von Forderungen kommt, die sich ganz gut anhören. Wir geraten in die Gefahr, immer Nein dazu zu sagen. Da werden z. B. Lohnerhöhungen verlangt. Da wird Mitbestimmung verlangt. Nach einer Umfrage hat sich ergeben, daß 45% der Arbeiter gesagt haben, wir haben genug Mitbestimmung. 25% wollen mehr. Dann kommt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Davon hat der Arbeiter an sich nicht sehr viel, aber es ist eine Prestigefrage. Wir sehen – das ist unser alter Kampf –, das kann nur zusammen mit einem Einstieg in die Krankenversicherungsreform geschehen. Das alles sind Dinge, die uns das Leben nicht leichtmachen werden.

56 Nürnberger Prozesse 1945–1949, von einem Internationalen Militärgerichtshof bzw. von amerikanischen Militärgerichten gegen „Hauptkriegsverbrecher“ und bestimmte politische, militärische oder wirtschaftliche Führungsgruppen des Dritten Reiches durchgeführt.

57 Hinweis auf Kriegsverbrechen im Algerienkrieg vom 1954–1958 und im Vietnamkrieg 1946–1954 („französische Phase“) bzw. 1963–1973.

Außenpolitisch kann man vielleicht hoffen, daß in diesem Jahr der Vietnam-Krieg beendet wird. Meine Unterhaltungen mit einer Reihe von führenden Staatsmännern haben mir diese Hoffnung bestätigt. Es scheint zu einem Ende zu kommen. Das ist natürlich eine gute Sache. Man weiß aber noch nicht, wie es im Nahen Osten gehen wird. Hier machen ja die Russen mit großem Erfolg Politik. Sie haben einen Plan vorgelegt,⁵⁸ der die begeisterte Zustimmung de Gaulles, aber auch wachsend die Zustimmung Englands, Amerikas und anderer gefunden hat. Da holen sie also viel in ihre Scheuern. Sie machen eine Beschwichtigungspolitik, auch uns gegenüber. Sie sind plötzlich sehr zivil geworden. Sie sind auch zurückhaltend mit ihren Protesten gegenüber der Bundesversammlung in Berlin.⁵⁹ Sie wollen ja, daß die Bundesversammlung dort stattfindet, damit sie dort Propaganda machen können. Ich glaube nicht, daß die Russen in diesem Jahr Aggressionen außerhalb ihres Machtbereiches unternehmen werden, sondern ich bin der Meinung, es wird ein Jahr der Beschwichtigungspolitik von seiten der Russen sein.

Ob für unsere Arbeit Möglichkeiten gegeben sind, zu einem *modus vivendi* mit den Russen zu kommen, nicht zu einer Lösung der Frage der deutschen Teilung, aber Atomsperrvertrag, Interventionsrecht usw., will ich nicht völlig leugnen. Aber wenn es dazu kommt, muß man mit ihnen mehr sprechen, als das bisher geschehen ist. Wenn ich eine solche Möglichkeit sähe, würde ich das sofort an mich ziehen und die Gespräche von mir aus führen. Ich kann es hier nur vage andeuten.

Hinsichtlich Amerika sehe ich optimistisch. Nixon und seine Leute werden nach den Eindrücken, die alle so haben, die Sache gut machen. Jean Monnet, den ich gestern noch gesprochen habe, sagte mir: Das ist eine gute Sache. Sie dürfen überzeugt sein, die werden klar und nüchtern handeln. – Es wird sicher auch ein konsequenteres Verhältnis zu Europa in dem Sinne geben, wie ich es in Berlin formuliert habe: Führen, aber nicht herrschen! – So optimistisch drücken sich eine ganze Menge von Leuten aus, die drüben gewesen sind. Sie sagen auch – das ist hochehrföhrlich –, daß bei allen Schwierigkeiten innerer Art in Amerika diese neue Führungsmannschaft durchaus kraftvoll optimistisch ist, daß sie zwar die Schwierigkeiten sieht, aber keineswegs den Kopf hängen lassen. Ich bin also, wie gesagt, optimistisch.

Wir müssen natürlich einige Dinge mit den Amerikanern in Ordnung bringen; d. h. wir müssen zu einer vernünftigen politischen Lösung in Sachen Atomsperrvertrag kommen. Wir müssen zu einer vernünftigen Lösung des Devisenausgleiches kommen. Was England anlangt, so gibt es gar keinen anderen Weg – ich habe das mit dem Außenmini-

58 Am 30. Dezember 1968 übermittelte die sowjetische Regierung den USA ein Memorandum zur Lösung des Nahostkonflikts. Am 2. Januar 1969 übergaben der sowjetische Botschafter in London, Michail Smirnowskji, und der Botschafter in Paris, Valerian Sorin, die Vorschläge ihrer Regierung. Einzelheiten des Plans wurden am 25. Januar in der „Prawda“ veröffentlicht (u.a. Beendigung des Kriegszustands, israelischer Truppenabzug aus den besetzten Gebieten, Kontrolle der Vereinbarungen durch die UNO). Vgl. AdG 1969 S. 14433, S. 14589f.; AAPD 1969 S. 82 Anm. 6.

59 Vgl. Anm. 40.

ster vor kurzem noch besprochen – als das, was ich Wilson und Brown immer angeboten hatte: Wenn wir uns immer nur auf die Besitzfrage stürzen, wenn wir also gar nichts anderes sehen, dann kommen wir überhaupt nicht weiter, d. h. wir müssen die Beziehungen zu Großbritannien außerhalb der Gemeinschaften auf bilateralen und multilateralen Wegen pflegen, vieles gemeinsam tun und auch bei unseren Begegnungen ein bißchen über das Routine-Kommuniqué hinausgehen.

Wir haben z. B. vor, wenn Wilson demnächst kommt, ein *join-statement* zu machen, wobei beide Regierungen feststellen, wie sie die Weltlage sehen, was sie gleich beurteilen usw. Das ist eine ganz gute Sache, auch in der Entwicklung des kommenden Verhältnisses zu Frankreich. Bei Frankreich ist die Sache klar: Wir sind uns nach wie vor über die meisten außenpolitischen Fragen nicht einig. Das war ja immer so. Das war vom ersten Augenblick an so. Um so wichtiger ist es, daß diese Verbindung da ist, daß man immer wieder über die Dinge spricht und nicht auseinanderbröckelt.

Es hat sich weitgehend die Auffassung durchgesetzt, daß unsere Politik richtig war. Eine Kritik, wie sie hier gelegentlich im Bundestag von Herrn Mommer⁶⁰ oder auch von Herrn Majonica⁶¹ und anderen getrieben wird, ist in Europa fast völlig verschwunden. Ich habe mit der belgischen Regierung über die Dinge gesprochen und ihr auch gesagt: Mit euch bin ich fast in jeder Frage einig. Mit de Gaulle bin ich fast nicht in jeder Frage einig. Seht doch ein, wie wichtig es ist, daß wir diese vorsichtige Politik machen und daß wir diese ständigen Begegnungen haben; denn wenn diese beiden Länder auseinandergerissen werden, dann ist es mit den europäischen Aspekten aus.

Gestern sagte mir Monnet, es bestünde der Plan – der immer von einigen Heißspornen betrieben wird –, für alle Dinge, die nicht die Gemeinschaft berühren, eine neue Institution, eine neue Gemeinschaft zu schaffen, um dort Großbritannien drin zu haben. Er hat mir auf das entschiedenste zugestimmt, als ich ihm sagte, das wäre ein verhängnisvoller Fehler. Er sagte – was ich auch immer erklärt habe –: Wir müssen bewahren, was wir geschaffen haben, auch über eine kritische Zeit hinweg. Das darf nicht zerstört werden. Alle anderen Dinge müssen wir durch konventionelle, bewährte Methoden bi-

60 Dr. Karl Mommer (1910–1990), Verwaltungsangestellter; 1929 Beginn des Studiums der Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft in Graz, Wien, Köln und Berlin, 1930 KPD, 1934 Verhaftung, 1935 Flucht nach Brüssel, Fortsetzung des Studiums (1938 Promotion), 1937 SPD, 1948 MdWR, 1947–1949 Landesvorsitzender der Jungsozialisten in Württemberg-Baden und Mitglied im SPD-Landesvorstand, 1949–1969 MdB (1957–1966 Parlamentarischer Geschäftsführer), 1950–1958 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union. – Mommer legte 1954, als Reaktion auf das von Marinus van der Goes van Naters vorgelegte Saarstatut, einen eigenen Saarplan vor, mit dem er versuchte, einer endgültigen Abtrennung des Gebietes entgegenzuwirken. Vgl. Dieter MAHNCKE: Parlamentarier für Europa: Hans Furler, Karl Mommer, in: Thomas JANSEN/Dieter MAHNCKE (Hg.): Persönlichkeiten der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays. Bonn 1981 S. 493–532.

61 Dr. Ernst Majonica (1920–1997), Jurist; 1946 CDU, 1950–1955 Bundesvorsitzender der Jungen Union, 1950–1972 MdB, 1979–1984 MdEP. Vgl. Günter BUCHSTAB: Ernst Majonica, in: Wolfgang ELZ/Sönke NEITZEL (Hg.): Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag. Paderborn 2003 S. 429–447.

lateraler und multilateraler Art machen. Ich hoffe, daß Wilson, wenn er kommt, dafür Verständnis haben wird.

Die Gespräche mit de Gaulle im März werden sicher die schwierigsten werden. De Gaulle hat gestern unseren Botschafter empfangen.⁶² Er war vorher bei mir gewesen. Ich habe ihn mit den nötigen Instruktionen versehen. Das Gespräch verlief sehr freundlich, aber de Gaulle hat eben wieder diese Feststellungen getroffen. Wir sind uns in den meisten Fragen nicht einig.

Wir können vorläufig nur das feststellen. Dazu gibt es kleine Distanzierungen zu früheren Äußerungen, insbesondere in der deutschen Frage. Es ist gar kein Zweifel, daß zu den bisherigen Befürchtungen de Gaulles, wir seien zu stark, bevölkerungsmäßig stärker als Frankreich, nun ganz stark hinzugetreten ist: Die deutsche Wirtschaft ist stärker. Es ist nicht etwa so, daß uns de Gaulle übel nimmt, daß wir nicht aufgewertet haben, im Gegenteil, er selber hat ausgesprochen: Es war richtig, daß ihr nicht aufgewertet habt. Das weiß ich aus verschiedenen Quellen. Auch er war gegen eine Aufwertung.

Was er uns übel nimmt, ist das taktische Verfahren. Da sind auch Fehler gemacht worden. Ich will darauf im einzelnen jetzt nicht eingehen. Auch hier soll man einfach wissen, daß gerade dann, wenn einer in Not und Bedrängnis ist, er mit äußerster Behutsamkeit behandelt werden muß. Ich will diese ganze leidige Geschichte nicht wiederholen. Andere haben es uns noch übler genommen. Die Franzosen haben sich in dieser Sache absolut fair benommen. Ich kann das nicht anders sagen. Aber das Verhältnis bleibt schwierig.

Das Verhältnis Frankreichs zur Sowjetunion hat eine gewisse, aber keine grundsätzliche Wandlung erfahren. (*Starke Unruhe.*) Das ist gestern der interessanteste Satz in dem Bericht des Botschafters gewesen, daß er eigentlich de Gaulle gesagt hat: Da ist vorläufig nicht viel drin. Man wird also abwarten müssen. Die Russen versuchen natürlich, da ihr möglichstes herauszuholen. Aber das eigentlich interessante ist die Zusammenarbeit in der Nahost-Krise. De Gaulle ist sehr beunruhigt über die maritime Präsenz der Russen im Mittelmeer. Es ist interessant, daß die Russen diese maritime Präsenz vermindert haben, trotz der Vorgänge im Nahen Osten. Das ist zweifellos ein Zugeständnis an de Gaulle. Das Zugeständnis de Gaulles ist die Unterstützung des sowjetischen Friedensplans. Hier sucht er eben eine Zusammenarbeit, die einerseits Frankreich mehr Geltung und Prestige verschafft, die aber gleichzeitig eine Konsequenz seiner Politik von Anfang an gegenüber den arabischen Staaten und Israel ist. De Gaulle hat das große Anliegen, Frieden und Ruhe zu bewahren, um die Institution Frankreichs aufbauen zu können. Das hat er jedesmal versichert. Es ist sein zentrales Anliegen. Von daher auch die große Erschütterung, daß es in Frankreich so gegangen ist. Der außenpolitische Zauber und Donner, den er gelegentlich macht, hat ihm eigentlich nur dazu gedient, um in Frankreich Prestige zu sammeln, um diesen Aufbau vollziehen zu können. Er befindet sich also in keiner sehr guten Situation.

62 Das Treffen zwischen Botschafter Sigismund Freiherr von Braun und Charles de Gaulle fand am 14. Januar 1969 statt. Vgl. AAPD 1969 Nr. 13.

Wirtschaftlich ist es immer noch nicht entschieden, wie es gehen wird. Es gibt Leute, die sagen, 50% Chancen geben wir, wenn politisch nicht wieder etwas passiert. Viel schlimmer steht es wirtschaftlich mit England. Die Hoffnungen, die man vor einigen Monaten noch haben konnte, nämlich eine Besserung der Zahlungsbilanz, sind wieder völlig geschwunden. Die Sache sieht sehr triste aus.

Ob wir in absehbarer Zeit zu einem internationalen Währungsübereinkommen kommen werden, das wage ich nicht zu sagen. Der betreffende amerikanische Minister hat von Anfang an erklärt, er halte sich flexibel in dieser Frage. Mir sagte gestern Jean Monnet: Machen wir uns doch nichts vor. Wer sind denn die beiden Mächte, wenn es zu einer neuen Krise kommt, die helfen können? Das sind die Vereinigten Staaten, und das seid ihr. Ihr müßt helfen. Ihr müßt dann die notwendigen Kredite zur Verfügung stellen. Deswegen muß du, Kanzler, dich mit dem amerikanischen Präsidenten auf diesen Zeitpunkt vorbereiten; d. h. wenn die Krise kommt – die kann über ein Wochenende kommen, sagte er –, dann müßt ihr beide wissen, was ihr tut und mit welchen Mitteln ihr zu tun haben werdet. Ich glaube, Jean Monnet hat recht. Das ist ein sehr guter Ansatzpunkt zu einem ersten Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten. Im übrigen werden wir zusehen müssen, unsere Kontakte mit solchen Mächten weiter zu verstärken – das ist ja in den vergangenen Jahren geschehen durch meine eigenen Reisen und durch die Besuche mit dem Außenminister –, die sich in einer ähnlichen Lage wie wir befinden. Hier hat sich sehr vieles gebessert. Wir werden diese Kontakte weiter pflegen. Es gab Leute, die sagten, der Bundeskanzler reist in der Weltgeschichte herum. Das kann ich nur als äußerst töricht bezeichnen. Reisen dürfen nicht nur repräsentativen Charakter haben. Man darf das nicht dem Bundespräsidenten überlassen. Bei Reisen muß wirklich miteinander geredet werden. Da müssen die Probleme behandelt werden. Und das ist bei jeder dieser Reisen geschehen. Ich würde auch in diesem Jahr noch einige solcher Reisen machen, zu denen ich eingeladen worden bin.

Deutschlandfrage! Wir wissen genau, womit wir drüben zu rechnen haben. Wir haben keine Illusionen über die Mentalität dieser Leute. Viel eher werden wir in dieser Frage mit den Russen zurechtkommen als mit den Herren in Pankow. Das ist eine These, die ich immer aufgestellt habe. Die Hoffnungen, mit den Leuten drüben übereinzukommen, passen für spätere Generationen, aber nicht für die gegenwärtigen Leute, wo dieser Armeegeneral – ich glaube, Hoffmann⁶³ heißt er – den jungen Menschen sagt: Ihr müßt hassen lernen, vor allen die westdeutschen Monopolkapitalisten usw. – Und unsere Presse verschweigt das! So entsteht der Eindruck, drüben haben sie nur politisch ein bißchen andere Verhältnisse. Im übrigen bleibt die Sowjetunion ihrem Fernziel treu, nur hat sie halt auch ihre Sorgen und ihre Probleme. Unsere Politik muß diese sehen und sich einfügen, so gut es eben geht in dieser Politik, und zwar immer mit dem unver-

63 Heinz Hoffmann (1910–1985), Maschinenschlosser; 1930 KPD, 1935–1946 Emigration in die UdSSR, 1946 Rückkehr nach Deutschland, persönlicher Referent Walter Ulbrichts, 1949 Beteiligung am Aufbau der Volkspolizei, 1950–1985 Mitglied der DDR-Volkskammer, 1952 Chef der kasernierten Volkspolizei, 1956–1960 stv. und 1960–1985 Verteidigungsminister der DDR, 1961 Beförderung zum Armeegeneral.

rückbaren Ziel vor Augen, daß wir eben nicht aufgeben, sondern daß wir an der Wiedervereinigung dieses Volkes zäh festhalten.

Ich war jetzt in den Ferien in Österreich.⁶⁴ Es war mir hochinteressant, was ich dort erlebte. Bundeskanzler Klaus hat mich besucht. Der Landeshauptmann von Tirol und viele andere haben mich auch besucht. (*Gradl*: Großdeutsche Begegnung!) Die Leute gucken mit einer Bewunderung auf uns. Was wäre passiert – sagten sie mir alle –, wenn es in diesem Sommer auch bei euch losgegangen wäre; wenn auch bei euch die Währung aufgewertet worden wäre. Denken Sie an die Touristen. Die Österreicher wissen sich von uns abhängig. Aber es ist eine darüber hinausgehende Anteilnahme. Sie sind natürlich auf de Gaulle sehr böse, weil er sagt: Österreich darf nicht in die EWG. Das würde den Anschluß bedeuten, aber nur auf eine neue Weise. Dann wären wir also wieder beisammen. Das ist nun leider ein Faktum, mit dem wir rechnen müssen. Ich glaube also, daß wir außenpolitisch hinkommen werden.

Dieses Gerede von der Isolierung und von der Machtverschiebung sollten wir ruhig nehmen. Natürlich haben wir eine starke wirtschaftliche Position. Ich habe eben angedeutet, daß es einen sehr wichtigen Punkt künftiger deutsch-amerikanischer Beziehungen bilden kann, wenn man dem Präsidenten drüben sagt: Wenn der Tag kommt, dann müssen wir beide vorbereitet sein. Ich will weiter nichts zu den Dingen sagen. Ich bin im großen und ganzen über die Dinge optimistisch, mit der Einschränkung, daß kein Mensch sagen kann, daß nicht irgendwo ein Brand aufflackert. Ich bin immer noch ängstlich in bezug auf den Nahen Osten.

Dann gibt es Zwangsläufigkeiten, denen sich auch eine große Macht nicht einfach entziehen kann.

Auf alle anderen Beziehungen, wie Entwicklungspolitik usw., so wichtig diese ganze Geschichte ist, will ich jetzt nicht näher eingehen, sondern nur sagen, ich bin eingeladen worden von allen drei skandinavischen Ländern. Hier zeigt sich bei jedem Gespräch erneut, wieviel stärker sie auf uns jetzt sehen. Sie hoffen, daß wir doch vielleicht für sie eine Lösung erkämpfen können, auch dann, wenn der Beitritt Großbritanniens nicht gelingt. Hier handelt es sich um das bekannte Arrangement, das wir herausgehandelt haben, gegen das die Amerikaner gleich einen ganz entschiedenen Widerstand anmeldeten, wie ich überhaupt zu spüren glaube, daß die Amerikaner jetzt zum erstenmal ernsthaft wirtschaftlich besorgt sind über einige sich anbahnende wirtschaftliche Konkurrenzen.

Das ist mir deutlich geworden in einem Gespräch mit einem sehr angesehenen und sehr einflußreichen Mann drüben. Das sind also Fragen, die man mit den Amerikanern besprechen kann.

64 Kiesinger hielt sich vom 26. Dezember 1968 bis 1. Januar 1969 in Ladis/Tirol und vom 2. bis 6. Januar in Bairbach-Mösern (bei Seefeld) auf. Vgl. ACDP 01–226–320.

Ich habe nicht vor, sofort nach Washington zu eilen. Es gab einen ermutigenden Abschiedsverlauf von Präsident Johnson – Sie haben das Telegramm gelesen⁶⁵ – mit dem nicht uninteressanten Schlußsatz: Es wird in Zukunft keinen wichtigeren Faktor geben als die fortdauernde Verständigung und Freundschaft zwischen Washington und Bonn. Ich bin davon überzeugt, daß das auch die Auffassung der neuen Regierung ist. Wir wollen aber trotzdem erst dann hingehen, wenn wir selber den Zeitpunkt für richtig halten.

Unser Außenminister hatte seinen Plan bereits gemacht. Er hat im Februar eine Rede zu halten vor einem Komitee in New York zu Ehren von General Clay, der Mitglied dieses Komitees ist, und wollte anschließend nach Washington. Damit hätte er natürlich parteipolitisch den Rahm abgeschöpft. Er wäre vielleicht vom Präsidenten empfangen worden usw. Ich habe ihn gebeten, das nicht zu tun, und ihm gesagt, ich hätte Verständnis, wenn er mit dem amerikanischen Außenminister sprechen wollte. Das solle er dann in New York tun. Das hat er mir loyalerweise versprochen. Nur hat gleichzeitig Herr Schröder seinen Plan angemeldet, aus Anlaß des Stapellaufes eines Zerstörers nach Amerika zu fahren und auch nach Washington zu gehen.⁶⁶ Tut er das, dann wird natürlich der Außenminister sofort sagen, das geht zu weit. Diese Frage hat sich aber dadurch erledigt, daß der Außenminister ernst erkrankt ist. Er hat Rippenfellentzündung und Lungenentzündung. Es hat sich herausgestellt, daß das Elektrokardiogramm nicht gut ist. Der Arzt hat ihm zunächst vierzehntägige Bettruhe und dann vierwöchigen Urlaub verschrieben. Er hat sich etwas übernommen.

Ich hoffe nur, daß Herr Schröder – dem ich es habe sagen lassen – einsieht, daß dann nicht gleich ein anderer Mann von der SPD hinübergeht. Ich will mich nicht drängen lassen, denen zuvorzukommen. Das würde in Amerika ohne Zweifel einen schlechten Eindruck machen.

Alles in allem ist die außenpolitische Lage in Ordnung. Das tschechoslowakische Ereignis hat immer noch Folgen. Es hat sich – das merke ich überall – eines klar in den Köpfen festgesetzt: Das sind zu brutalen Aktionen entschlossene Leute. Wenn sich das auch vorläufig zu beschränken scheint auf ihren eigenen Machtbereich, so ist es doch so, daß sie hier ganz hart zugeschlagen haben.

Einer sagte vor kurzem, daß nicht einmal Stalin es gewagt habe, in diesem Bereich zuzuschlagen. In der Tschechoslowakei stehen immer noch etwa 80.000 sowjetrussische Truppen. Diese Präsenz ist ebenfalls den Leuten bewußt. Das hat doch zu dieser Stärkung der NATO geführt, die sich nicht nur äußert in den Beschlüssen des Ministerrates, sondern auch in allen Gesprächen, die ich mit führenden Staatsmännern der NA-

65 Der Schlußsatz des am 1. Januar 1969 durch das BPA veröffentlichte Telegramm lautet „... in diesen Bemühungen, die über unsere beiden Regierungen und Völker hinausreichen, wird kein Faktor wichtiger bleiben als die fortgesetzte Verständigung und Freundschaft zwischen Bonn und Washington.“

66 Schröder traf – nach dem Stapellauf des 3. Lenkwaffenzerstörers für die Bundesmarine in Bath/Maine – am 1. Februar 1969 in New York den amerikanischen Verteidigungsminister Melvin Laird. Vgl. AdG 1969 S. 14463. – US-Außenminister war von 1969–1973 William P. Rogers (1913–2001).

TO-Staaten geführt habe, hat sich das gezeigt. Selbst bei de Gaulle hat es sich in dem Bereich, den er besonders fürchtet, nämlich im Mittelmeerbereich, so ausgewirkt, daß er zur Zusammenarbeit bereit war.

Das ist etwa die Situation. Wenn wir das behutsam und geschickt ohne demonstrative Gesten unter Kontrolle halten, und zwar im Sinne unserer eigenen Interessen, dann wird es schon gehen. Wir werden in Europa nicht sehr viel weiterkommen in diesem Jahr. Das war auch die Auffassung von Jean Monnet in seinem gestrigen Gespräch. Er hat auch ein wenig resigniert, indem er sagte, solange de Gaulle da ist, wird er in dieser Frage nicht nachgeben. Er hat meiner Konzeption durchaus zugestimmt, daß wir das mit England nicht in einer neuen Organisation machen, sondern mit konventionellen Mitteln.

Es bleibt noch die Frage übrig, ob man in der NATO eine Sonderorganisation „Europäer“ schafft. Ich halte nicht viel davon. Aber eine engere Zusammenarbeit der Europäer in der NATO wäre notwendig. (*Lemmer*: Westeuropäische Union!) Das könnte über die Westeuropäische Union durchaus geschehen. Der Gedanke in der NATO ist natürlich der, damit den Engländern eine besondere Rolle zuzuweisen. Frankreich verfolgt, wie Sie wissen, erneut das Ziel – Debrés Gedanke ist es –, Mitglied eines Dreierdirektoriums zu werden. Ich halte das für ein utopisches Ziel. Ich glaube nicht, daß Frankreich, das nicht mehr einem integrierten System der NATO angehört, wirklich noch eine Chance hätte, Mitglied eines Dreierdirektoriums zu werden. Das läge natürlich auch nicht im Sinne der deutschen Interessen, bei aller Bereitschaft, den Franzosen einiges zuzugestehen, um sozusagen bündnisfähig bleiben zu können. (*Lebhafter Beifall*.)

VERSCHIEDENES

Kraske: Wir müssen noch zwei formelle Dinge erledigen: 1. Der Bundesausschuß für Verteidigungspolitik hat sich gestern neu konstituiert und Herrn Marx⁶⁷ zum Vorsitzenden wiedergewählt. Er bedarf der Zustimmung des Bundesvorstands. Ich darf bitten, daß Sie diese Zustimmung erteilen.

Zweitens ist Ihnen mitgeteilt worden, die nächste Sitzung des Bundesvorstands ist für Donnerstag, den 6. März, vorgesehen, ohne dabei geahnt zu haben, daß der Herr Bundespräsident am 5. März gewählt wird, und zwar aufgrund der Einberufung der Bundesversammlung an diesem Tage durch den Bundestagspräsidenten. Ich habe darüber schon gestern mit Herrn Dr. Heck gesprochen, der der Meinung war, daß wir die Sitzung vorverlegen sollten auf den 5. März, (*Starke Unruhe*.) und zwar anschließend an die Bundesversammlung, weil es ja durchaus möglich ist oder wird, daß sich der Bundesvorstand mit den Ergebnissen der Bundesversammlung beschäftigt. (*Anhaltende Unruhe*.) Meine Damen und Herren! (*Lemmer*: Das ist aber eine Hin- und Her-Reise. Das eine ist in Berlin, das andere ist in Bonn. – *Kohl*: Dann macht doch die Bundesvor-

67 Dr. Werner Marx (1924–1985), Journalist; 1956 persönlicher Referent von Otto Lenz, 1958 Angestellter im Bundesministerium der Verteidigung, 1960–1965 Mitglied des Führungsstabes der Bundeswehr/Referat Psychologische Kriegsführung, 1965–1985 MdB (CDU), 1969–1980 Leiter des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion.

standssitzung in Berlin!) Das war ja mein Vorschlag! (*Kohl*: Aber nicht am gleichen Tag der Bundesversammlung, denn wer weiß, wie lange diese dauern wird! – *Unruhe*. – *Zuruf*: Am 6. vormittags in Berlin! – *Von Hassel*: Der neugewählte Bundespräsident wird sicher abends in Berlin einen Empfang geben. – *Unruhe*.) Dürfen wir dann vorläufig diesen 6. März festhalten und einmal sehen, wie sich das Problem für Berlin entwickelt? Wir können dann kurzfristig die Sache in Berlin disponieren. (*Gradt*: Wir sind ja alle dort. Wir brauchen das nicht groß zu plakatieren. Das ist doch eine interne Sache. – *Von Weizsäcker*: So intern verläuft sie natürlich nicht. – *Lemmer*: Es liegt doch nahe, daß eine Partei wie wir zum Ausgang dieser Bundespräsidentenwahl Stellung nimmt. – *Zurufe*: Das ist klar! – *Unruhe*.)

Kiesinger: Meine Haltung zu der Frage der Bundesversammlung in Berlin war immer eindeutig und klar, d. h. ich war nicht dafür, daß wir sie in Berlin abhalten sollten, und zwar aus vielen Gründen. Ich glaube nicht – ich wiederhole es –, daß die Russen viel machen werden. Irgendetwas wird dort geschehen. Ich bin davon überzeugt, sie wünschen es sogar, daß die Bundesversammlung dort ist; aber die große Gefahr ist doch die, was passiert mit der berüchtigten Berliner APO. Es ist natürlich so, daß diese Studenten wissen, wenn sie bei der Wahl des Bundespräsidenten Radau schlagen, dann haben sie die öffentliche Meinung strikt gegen sich. Deswegen kann es durchaus sein, daß sie darauf verzichten, etwas zu unternehmen. Aber man kann hier nie etwas Sicheres voraussagen. Es kann natürlich auch anders sein oder kommen.

Für diesen Fall müssen wir uns darüber klar sein, daß, wenn ein höllisches Begleit-spektakel zur Wahl des Bundespräsidenten kommt, dies durch die ganze Welt geht mit Nachrichten, Fernsehsendungen usw., wobei dann das Bild eines tieferschütterten Landes wiedergegeben wird. Das war auch einer der Gründe, weswegen ich es vorgezogen hätte, nicht aus Angst vor den Russen, nicht nach Berlin zu gehen. Aber das ist nun entschieden, und es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als nun dafür zu sorgen, daß in Berlin die Polizeikräfte so vorsorglich eingesetzt werden, daß es zu solchen Geschichten gar nicht erst kommen kann. Ich werde versuchen, vorher mit einigen verantwortlichen Männern des Deutschen Fernsehens zu reden. (*Starke Unruhe und Bewegung*.) Ich habe die Österreicher beneidet, als Bundeskanzler Klaus sagte: „Ach wissen’s, Herr Bundeskanzler, das haben wir so gemacht, als wir einmal eine ziemlich harte Aktion unternehmen mußten. Wir haben vorher die Chefredakteure zu uns gebeten und ihnen gesagt: Bringt’s darüber nix! – Die haben sich auch daran gehalten.“ Ich beneide sie um eine solche Kooperation zwischen Regierung und Presse. Nun, wir müssen uns eben darauf gefaßt machen. Ich hoffe, daß ich mit meiner ersten Vermutung recht behalte, daß sich die Kerle nicht auch die Sympathien jener berauben wollen, die sie jetzt immer noch mit Begleitkommentaren unterstützen.

Kraske: Es gibt einen Entwurf von Herrn Minister Stoltenberg zu dem Thema, das er vorhin selber vorgeschlagen hat: Situation an den Hochschulen, den wir morgen im vollen Wortlaut gern im DUD⁶⁸ veröffentlichen möchten als Ergebnis dieser Aussprache:

68 Vgl. „CDU Presse Mitteilungen“ vom 17. Januar 1969.

„Der Bundesvorstand der CDU hat am Donnerstag, dem 16. Januar 1969, unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Kiesinger die innenpolitische Situation und dabei auch die jüngste Entwicklung an den deutschen Hochschulen erörtert. Der Bundesvorstand fordert die Verantwortlichen an den Hochschulen, in den Landesregierungen und Landtagen auf, die Hochschul- und Studienreform nachdrücklich weiterzuführen und für eine Verbesserung der Studienbedingungen Sorge zu tragen. Diese große Aufgabe kann nur gelingen, wenn sich Hochschullehrer, Assistenten und Studenten zur konstruktiven Zusammenarbeit finden und die notwendigen Sachauseinandersetzungen auf dem Boden unserer Verfassung und Rechtsordnung austragen.

Die Serien jüngster Rechtsbrüche und Gewaltaktionen an einigen Universitäten macht deutlich, daß es den linksradikalen Gruppen in der Studentenschaft nicht um diese Reform an den Hochschulen [und] unseres demokratischen Staates, sondern um ihre Zerstörung geht. Die systematischen Terroraktionen gegen andersdenkende Professoren und Studenten, schwere Sachbeschädigungen und Nötigungen bedrohen die Arbeitsmöglichkeit[en], teilweise sogar die Existenzfähigkeit einiger Fakultäten und können zu einer allgemeinen Erschütterung der demokratischen Rechtsordnung führen.

Diese Vorgänge zeigen klar, daß Gewalt, Rechtsbruch und Terror von linksradikalen Gruppen auch dann angewandt werden, wenn die angeblichen Motive früherer Semester, wie der Kampf gegen die Notstandsgesetze oder der Protest gegen ausländische Staatsbesucher, nicht mehr angeführt werden können. Freiheit und Recht der Bürger in diesem Land selbst sind durch zynische und inhumane Aktionen bedroht.

Die gesetzlich zuständigen Organe unseres Staates werden unter strenger Beachtung der Gesetze nachdrücklicher und wirkungsvoller als bisher diesen Rechtsbrüchen und antidemokratischen Aktionen begegnen müssen. Die Grundrechte der Meinungsfreiheit und das Recht zu friedlichen Demonstrationen gelten uneingeschränkt. Radikale Studenten, die durch permanenten Rechtsbruch, Nötigung und Sachbeschädigung ihre Kommilitonen und Hochschullehrer terrorisieren, haben jedoch keinen Anspruch, weiter an deutschen Universitäten immatrikuliert zu sein. Durch ein modernes, effektives Ordnungsrecht müssen kriminelle Vergehen [innerhalb der Universitäten] wirkungsvoll und schnell geahndet werden.

Die Gesetze gelten für jedermann. Es gibt keine Privilegien für radikale Studenten. Für sie ist das geltende Recht in gleicher Weise anzuwenden wie für die Angehörigen anderer Berufe. Die Institute der Hochschulen und die Büros der Studentenausschüsse sind keine Fluchtburgen für Gesetzesbrecher oder exterritoriale Zentren der Revolution.

Die CDU appelliert an alle Angehörigen unserer Hochschulen, sich den zerstörerischen Aktionen der radikalen Minoritäten mit Nachdruck zu widersetzen und zugleich konstruktive moderne Lösungen für die Neuordnung der Universitäten zu finden. Alle verantwortlichen Organe des Staates sind zur Erneuerung und Modernisierung unserer Staats- und Rechtsordnung aufgerufen. Die CDU will ihre Vorstellungen für eine künftige Ordnung der Hochschulbildung [Hochschulen und des Bildungswesens] im einzelnen durch ihren bildungspolitischen Kongreß am 28. Februar und 1. März 1969 vor der Öffentlichkeit darlegen.“

Kiesinger: Darf ich sagen, es fehlt ein Bindeglied. Immer wieder, wenn in den Auseinandersetzungen über die Reform der Hochschule gesprochen wird, gibt es leicht den Eindruck, als gäbe man denen nach. Wir fangen soundso an, wir hören soundso auf. Es ist so, daß diese Radikalen – von denen hier mit Recht gesagt worden ist, daß sie nicht die Reform haben, sondern nur zerstören wollen – mit Parolen gekommen sind, die tatsächlich die Hochschulreform in Bewegung gesetzt haben. Das ist ihnen nämlich hoch honoriert worden von den Studenten, denen es wirklich um die Reform geht. Deshalb würde ich bitten, im letzten Absatz den Gedanken noch einzuflechten, daß wir die Studenten und die Professoren, die die Hochschulreform wirklich wollen, herausstellen. Sie wissen, was ich meine! Damit nicht dieser ungute Eindruck entsteht, auf der einen Seite verdammt man sie, auf der anderen Seite gibt man ihnen doch nach.

Wollen wir noch eine Mitteilung an die Presse geben? (*Rathke:* Das hat für heute abend keinen Sinn mehr. Das ist zu spät!) Gut, dann für morgen! (*Kraske:* Ja!) Dann wollen wir es dabei belassen. Meine Damen und Herren, dann darf ich mich dafür bedanken, daß Sie so lange ausgehalten haben, und schließe die Sitzung.